

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredaktion:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dörfel 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SE 61 Belle-Alliance Platz 6
Druckanschrift: Cepedienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung höherer 4 Zeilen vor dem Erscheinens, wenn nicht anders vereinbart ist. Druckpreis für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Juni 1932.

Der nationale Kanzler.

von Rudolf Breitscheid.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. "Endlich nach 13 Jahren", so jubelt die Berliner "Nachtausgabe" des Herrn Hugenberg, "fordert ein deutscher Kanzler Beseitigung der schwachvollen, entehrenden Bedingungen im Versailler Diktat."

Was ist geschehen? Die deutsche Delegation in Lausanne hat am Mittwochvormittag eine Mitteilung veröffentlicht, nach der Herr von Papen in der Dienstagverhandlung zwischen der deutschen, der englischen und der französischen Delegation ausgeführt habe, dass das Vertrauen der Welt nur dann wieder hergestellt werden könne, wenn die Siegermächte sich entschliessen würden, "die Diskrimination Deutschlands (d.h. die Schlechterstellung Deutschlands gegenüber den Siegerstaaten) des Versailler Vertrags zu beseitigen. Unter dieser Beseitigung ist, wie die der Regierung nahestehende Presse ausdrücklich feststellt, nicht etwa die Revision der Grenzen zu verstehen, sondern ein Verzicht auf die Bestimmungen, aus denen sich die Ungleichheit der Rüstungen ergibt, und auf die über die Reparationszahlungen einschliesslich jenes Artikels, der die deutsche Kriegsschuld feststellt. Das also ist die grosse solange vergeblich herbeigesehnte nationale Geste.

Nun haben wir uns zu vergegenwärtigen, dass bereits Brüning den vollständigen Verzicht auf weitere Reparationen gefordert hat, und zwar mit grösserem Nachdruck als Herr von Papen in seiner ersten von den Franzosen so gut aufgenommenen Rede auf der Lausanner Konferenz. Würden die Reparationen tatsächlich gestrichen, so wären damit automatisch die betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages gegenstandslos geworden und gleichzeitig auch der Artikel über die "Schuldlüge", auf den sich doch gerade nach Auffassung der rechtsstehenden Parteien die Reparationsforderungen gründen. Unter solchen Umständen versteht man schwer, worin auf diesem Gebiete noch die nationale Aktion des nationalen Reichskanzlers bestehen soll.

Anders liegen die Dinge soweit die Gleichheit der Rüstungen in Frage kommt. Wir brauchen nicht noch einmal zu versichern, dass die Sozialdemokratie sie ebenso nachdrücklich anstrebt wie das Kabinett der nationalen Konzentration. Wir unterscheiden uns von ihm nur dadurch, dass wir die Abrüstung der anderen verlangen, während Herr von Papen und seine Hintermänner auf die deutsche Aufrüstung abzielen. Sicher wäre es verfehlt, anzunehmen, dass die Vertretung unseres Standpunktes durch die deutsche Delegation die Gegenseite zu einer sofortigen Zustimmungserklärung veranlasst haben würde. Dass aber die Gleichheit, wie die Papen und Schleicher sie auffassen, von den Konferenzpartnern nicht zugestanden werden wird, darf als zweifellos gelten. Hier also ist der Punkt, an dem die Verhandlungen scheitern werden, wenn die deutsche Regierung an ihrem Verlangen festhält.

Damit ist indessen die Bedeutung der Papenschen Erklärung noch keineswegs ausreichend gekennzeichnet. Sie geht weiter dahin, und das ist der eigentlich

entscheidende Passus, dass, wenn die erwähnten Voraussetzungen erfüllt seien, der Reichskanzler es für möglich halte, dass Deutschland in der allgemeinen Anstrengung zum Wiederaufbau der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrages zahle, der selbstverständlich die vollkommene Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Deutschland und der Welt zur Voraussetzung hat.

Die Franzosen lehnen bis jetzt eine vollständige Streichung der Reparationen ab und verlangen für einen wirtschaftlich günstigeren Zeitpunkt noch eine Restzahlung in Höhe von einigen Milliarden. Diese Restzahlung will Herr von Papen nicht zugestehen, aber er erklärt sich mit einer Beihilfe zum Wiederaufbau der Wirtschaft einverstanden, d.h. er übernimmt einfach eine Zahlungsverpflichtung unter einem anderen Titel: Deutschland leistet keine Reparationen mehr, aber es fühlt sich stark genug, Gelder in eine allgemeine europäische Kasse abzuführen - und das obwohl doch die vom Kabinett angestrebte Aufrüstung dem deutschen Steuerzahler neue Lasten auferlegen würde. Was würden die Hugenberg und Hitler wohl sagen, wenn ein Reichskanzler, der aus den "Systemparteien" hervorgegangen wäre, sich zu einer solchen Uebertragung der deutschen Verpflichtungen von einem Konto auf das andere bereit erklärt hätte?

Aber es muss zugegeben werden: auch ein Teil der Papenpresse äussert erhebliche Bedenken. So erscheint es der Berliner "Deutschen Allgemeinen Zeitung" unverständlich, dass diese Initiative, wenn sie schon für unumgänglich gehalten worden sei, nicht von anderer als gerade von deutscher Seite ergriffen worden ist. Die unveräusserliche deutsche Revisionsforderung werde sozusagen nebebei und in einem Zusammenhang erhoben, der der ganzen übrigen Welt vollkommen unklar gewesen sei. Das in den Kreisen der Regierung des Mangels an nationaler Zuverlässigkeit sicherlich nicht verdächtige Blatt fährt dann fort: "Kein Zweifel, dass alle Deutschen die schleunige Wiederherstellung der Gleichberechtigung unseres Volkes wünschen und dafür kämpfen. Aber wir sehen nicht, dass die Methode einseitiger Deklaration uns auf diesem Wege weiter führt. Wir bezweifeln, ob die kaum zu übertreibende Aufrichtigkeit dieses deutschen Spieles die diplomatische Situation Deutschlands oder auch nur die Streichung der Tribute erleichtern kann. Unser Haupteinwand aber richtet sich gegen das Zufällige und Unsystematische dieser Aktion, die auch auf die "Schuldfrage" eine ungünstige Wirkung haben wird."

Abgesehen von dem wirklich unangebrachten Lob, das dem deutschen Delegationsführer für seine Aufrichtigkeit gezollt wird, können wir uns mit dieser Auslassung einverstanden erklären. Aber wir müssen hinzufügen, dass das Auftreten des Herrn von Papen in Lausanne von allem Anfang an bis zu seinem einstweiligen Ende sich weder durch Energie noch durch Folgerichtigkeit noch auch was das Schlimmste ist, durch jene Offenheit und Klarheit auszeichnete hat, auf die das deutsche Volk einen berechtigten Anspruch besitzt. Es wird den Prestrabanten des Kabinetts der Barone nicht leicht fallen während des Wahlkampfes die Lausanner Politik zu verteidigen und zu rechtfertigen, und wir können sehr wohl den naiven Stosseufzer der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" verstehen: "Die Regierung muss es mit sich selber ausmachen, ob sie vor dem 31. Juli (dem Wahltag) eine Endregelung dieser Art für die deutsche Öffentlichkeit für tragbar hält."

SPD. Der Reichsminister des Innern hat die preussische Staatsregierung ersucht, den "Vorwärts" und die "Kölnische Volkszeitung" auf je fünf Tage zu verbieten.

Der Antrag gegen den "Vorwärts" wird mit einer Karikatur und einem Extrablatt des "Vorwärts" begründet, in dem es hiess: "Volk du musst zahlen, damit die SA paradiere kann." Die beanstandete Karikatur stellte zwei Kriegsschädigte dar, die einer Schaar geschniegelter SA-Leute nachblicken, worauf

der eine zum anderen sagt: "Siehste Paul, dafür haben sie uns die Rente gekürzt!" Der Antrag gegen die "Kölnische Volkszeitung" stützt sich auf die scharfe Kritik dieses Blattes anlässlich des merkwürdigen Matin-Interviews des Herrn von Papen.

Der "Vorwärts" schreibt zu der Verbots-Aktion des Reichsinnenministers: "Die Reichsregierung vertritt die Meinung, durch diese Karikatur wie auch durch unser Wahlflugblatt solle der Eindruck hervorgerufen werden, als ob die Einsparungen und Mehreinnahmen aus der Notverordnung dazu dienen sollten, die Uniformen der SA zu bezahlen. Die Reichsregierung unterschreibt uns damit eine Behauptung, die wir gar nicht aufgestellt haben. Sie selber stellt sich aber absichtlich blind gegenüber den Zusammenhängen, die wirklich bestehen. Diese Regierung der Barone ist nun einmal die Frucht der nationalsozialistischen Wahlerfolge, sie steht nun einmal auf den Schultern jener "aufbauwilligen Elemente", die jetzt wieder in den braunen Jacken herumlaufen dürfen. Sie hat sich durch ihr Entgegenkommen an diese "Aufbauwilligen" erst die Möglichkeit verschafft, überhaupt Notverordnungen zu erlassen, durch die die Renten gekürzt werden. Also besteht zwischen den Uniformparaden der SA und den Renten kürzungen ein enger Zusammenhang, und darum nennt ja auch das Volk die braunen Jacken der SA. vollkommen zutreffend die Notverordnungsjacken.

Wir erheben gegen den Versuch der Reichsregierung, die Aufklärung der Wähler im Sinne der Sozialdemokratischen Partei gewaltsam zu unterbinden, vor der ganzen Welt den allerschärfsten Protest. Der "Vorwärts" hat viele Regierungen kommen und gehen sehen. Er hat unter allen Umständen - auch schwierigeren als den gegenwärtigen - das Recht der Sozialdemokratischen Partei, ihre Meinung zu sagen, verteidigt. Er wird das auch weiter tun!"

SPD. Amsterdam, 29.Juni (Eig.Drahtb.)

Ein grosser nationalsozialistischer Waffenschmuggel wurde am Mittwoch von der niederländischen Kriminalpolizei in Vaals an der limburgischen Grenze aufgedeckt. Seit langer Zeit sind nach den polizeilichen Feststellungen Waffen und Munition in Autos nach Deutschland geschafft worden. Seit Monaten bestand bereits Verdacht, aber die Autos wussten stets auf deutsches Gebiet zu entkommen. Der Waffenhandel wurde von einer Organisation betrieben, die Zweigstellen in Rotterdam, Amsterdam, Maastricht und Vaals unterhielt. Am Mittwoch wurden sechs an dem Schmuggel beteiligte Personen verhaftet.

Wie weiter mitgeteilt wird, müssen monatelang grosse Mengen Waffen über die Grenze geschafft worden sein. Die verhafteten Personen stammen aus Amsterdam, Rotterdam und Vaals. Die Amsterdamer Kriminalpolizei erhielt schon vor mehreren Monaten Kenntnis von Unterhandlungen, die in Amsterdam zwecks Lieferung von Waffen nach Deutschland geführt wurden. Die damalige Transaktion kam indessen nicht zustande, da man sich über den Preis nicht einigen konnte. Aufgrund der jetzigen Verhaftungen wird die Untersuchung in erweitertem Umfang fortgesetzt.

SPD. Eisenach, 29.Juni (Eig.Drahtb.)

Das Einheitsfront-Manöver der KPD erfährt dadurch eine weitere Charakterisierung, dass der hiesige Kommunistische Erwerbslosenausschuss an die Nationalsozialisten zum Zwecke einer gemeinsamen Demonstration herangetreten ist. Die Nationalsozialisten haben eine grundsätzliche Zusage erteilt. Daraufhin sind Kozis und Nazis in Verhandlungen eingetreten.

SPD. Die neue Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen, die das Datum vom 28. Juni 1932 trägt, ist am Mittwochmittag verkündet worden, ebenso die Verordnung über politische Versammlungen. Sie haben folgenden Wortlaut:

I.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet :

§ 1.

(1) Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge dürfen von den Landesbehörden wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden

1. allgemein nur für bestimmt abgegrenzte Ortsteile,
2. im übrigen nur im Einzelfalle.

(2) Das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer nicht verbotenen politischen Vereinigung kennzeichnet, darf von den Landesbehörden nur im Einzelfalle bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden. Bestehende allgemeine Verbote dieser Art treten ausser Kraft.

(3) Hat der Reichsminister des Innern gegen ein Verbot nach Absatz I Nr. 1 Bedenken, so kann er die oberste Landesbehörde um Änderung oder Aufhebung ersuchen. Entspricht die oberste Landesbehörde dem Ersuchen nicht, so kann er das Verbot aufheben.

§ 2.

Der Reichsminister des Innern kann allgemein für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge sowie das Tragen einheitlicher Kleidung, die die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung kennzeichnet, verbieten und für Zuwiderhandlungen Gefängnisstrafe oder Geldstrafe allein oder nebeneinander androhen.

§ 3.

Plakate, Flugblätter und Flugschriften, in denen zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder allgemein zu Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen aufgefordert oder angereizt wird, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die oberen Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

(Unterschriften.)

II.

Auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 (Reichsgesetzblatt I S. 297) wird mit Wirkung für das Reichsgebiet folgendes verordnet:

§ 1.

(1) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens achtundvierzig Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

(2) Sie können im Einzelfall verboten werden, wenn nach den Umständen eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist. Statt des Verbots kann eine Genehmigung unter Auflagen ausgesprochen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

(3) Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel können aufgelöst werden, wenn sie nicht angemeldet oder wenn sie verboten sind oder wenn von den Angaben der Anmeldung absichtlich abgewichen oder wenn einer Auflage zuwidergehandelt wird.

(4) Ausgenommen sind gewöhnliche Leichenbegängnisse, die hergebrachten

Züge von Hochzeitgesellschaften, kirchliche Prozessionen, Bittgänge und Wallfahrten.

(5) Eine Anordnung nach Abs. 2, 3 kann nach den Bestimmungen des Landesrechts angefochten werden.

§ 2.

(1) Mit Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft:

1. Wer ohne die nach § 1 erforderliche Anmeldung oder in absichtlicher Abweichung von den in der Anmeldung gemachten Angaben oder unter Zuwiderhandlung gegen ein Verbot oder eine Auflage eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt;

2. wer für eine Versammlung, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten ist, den Raum zur Verfügung stellt.

(2) Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark wird bestraft, wer an einer Versammlung oder einem Aufzuge teilnimmt, die entgegen der Vorschrift des § 1 nicht angemeldet oder die verboten sind.

(3) Die Vorschriften des Abs. 1, 2 sind nicht anzuwenden, wenn ein politischer Zweck mit der Tat nicht verbunden war und eine Störung oder Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht eingetreten ist.

§ 3.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Reichsmark wird bestraft, wer sich nach Erklärung der Auflösung einer Versammlung (§ 1 Abs. 3) nicht sofort entfernt.

SPD. Dresden, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sind der Direktor des Städtischen Wohlfahrtsamtes Hille, ferner der Materialverwalter Nessmann, Obersekretär Banda und die Oberassistentin Schönstein wegen passiver Bestechung verhaftet worden. Ausserdem wurde wegen aktiver Bestechung ein Schuhfabrikant Huhle in Haft genommen. Alle Beschuldigten sollen für Lieferungen unerlaubte Zuwendungen entgegengenommen haben. Sie haben sämtlich Haftbeschwerde erhoben über die in den nächsten Tagen entschieden werden wird. Vor einiger Zeit wurde Stadthauptmann Lange vom Wohlfahrtsamt bereits verhaftet. Auf Grund seiner Angaben sind jetzt die weiteren Festnahmen erfolgt.

SPD. Die neue Notverordnung erinnert lebhaft an den Ausspruch eines Generalstäblers über die Zustände im Grossen Hauptquartier des Oktober 1918: "Order - Konterorder - Disorder"!

Es sind kaum 2½ Monate vergangen, seit der Reichspräsident auf Grund von bergehohem Material und auf Drängen der Regierungen der Einzelstaaten nicht nur das Uniformtragen für die SA sondern die gesamte Privatarmee des Herrn Hitler im Interesse der Ruhe und der Ordnung verboten hat. Die das Verbot befürwortende und ausübende Regierung Brüning wurde inzwischen gestürzt. Die Freude in den Braunen Häusern war darob grenzenlos. Mit ihrer Hilfe und tatkräftigen Unterstützung erschien zwar nicht schaumgeboren wie die Venus aus dem Haupte von Zeus, aber aus geheimnisvollen Schluchten das Kabinett Papen - Schleicher - Gayl. Konterorder: Sechs Wochen nach dem Verbot erlässt die neue Regierung, unterzeichnet von dem gleichen Reichspräsidenten eine zweite Verordnung, die die SA und das Uniformtragen wieder erlaubt! Die Folge: Disorder, grenzenlose Unordnung. Ueberall wo diese wiedererlaubte SA marschiert, wo sich die neuen vom Volk getauften "Notverordnungsjacken" zeigen, knallen die Revolver, blitzen die Messer, sausen die Stahlstangen, röcheln

die Sterbenden und schreien die Verwundeten. Am nächtlichen Himmel zeichnen sich die Umrissse des Bürgerkrieges.

Jeder, der auch nur halbwegs erkennt, welch ein Vabanque mit dem Interesse des deutschen Volkes und Vaterlandes getrieben wird, ringt die Hände und beschwört warnend die Regierung, diesem grausen und blutigen Spiel ein Ende zu machen. Noch besteht in den süddeutschen Ländern wenigstens das Uniformverbot. Dort wo die provozierenden Scharen der Hitlerschen Privatarmee noch nicht ausserlich in Erscheinung treten, dort ist noch Ruhe. Aber die Braunen Häuser sind unnachgiebig. Ihnen verdankt die Regierung Papen Geburt und Dasein. Als Gegengabe sind ihnen Versprechungen und Wechsel gegeben worden und die Inhaber bestehen auf deren Einlösung. Alle Einwendungen und Sorgen der Süddeutschen werden in den Wind geschlagen. Bayern, Baden und Württemberg bleiben fest. Sie lehnen es ab, der Reichsregierung auch nur die geringste Verantwortung abzunehmen. Sie weigern sich den Bürgerkrieg in ihre Länder tragen zu lassen, sie werden deshalb Separatisten, Landesverräter und Reichszerstörer genannt. Hitler aber drängt und so erscheint wiederum eine Notverordnung, die auch die süddeutschen Staaten zwingt, die Uniformen zu gestatten und zugleich wird für das ganze Reich das bisherige Demonstrationsverbot aufgehoben. Aufgehoben am gleichen Tage, da auf Grund einer ähnlichen Notverordnung den hungernden Rentnern, Witwen, Waisen die kümmerlichen Bezüge gekürzt und befohlen wird, den Schmachtriemen noch enger zu ziehen.

Aber damit die Tätigkeit dieser Reichsregierung von Hitlers Gnaden sich noch symbolischer gestaltet und noch klarer in Erscheinung tritt, erfolgte von ihr der Antrag an den preussischen Innenminister, die beiden führenden Zeitungen der Opposition, den "Vorwärts" und die "Kölnische Volkszeitung" ob ihrer Kritik für fünf Tage zu verbieten. Was selbst die Militärzensur des Krieges nicht gewagt hat, heute, am Rande des Bürgerkrieges, wird es Ereignis. Der sich gegen Hunger, Diktatur und Mord aufbäumenden deutschen Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften aller Richtungen und selbst jeder bürgerlichen Kritik soll gezeigt werden, dass die Prinzipien und das System des ostpreussischen Gutshofes, dass Junker und Barone von Hitlers Gnaden regieren.

Das ist die einfache, klare politische Seite dieser neuen Notverordnung wie der gesamten Praxis derer, die sie erlassen haben und für die ihnen niemand, nicht heute und nicht vor der Geschichte die Verantwortung abnehmen wird. Wie gross diese Verantwortung ist, das werden die Ereignisse der kommenden Monate lehren.

Bleibt noch eine juristische und verfassungsmässige Seite dieses Notverordnungszwanges, mit dem die deutschen Einzelstaaten zum erstenmal seit Bestehen der Weimarer Verfassung unter Druck gesetzt werden. Darüber wird der Staatsgerichtshof eine Antwort geben. Allerdings sind die einzelnen Paragraphen der Verordnung so dehnbar, dass Juristen alles herauslesen können. So offen und klar der politische und soziale Kurs der Reichsregierung ist, juristisch bestehen alle Möglichkeiten. Wenn aber das Kabinett der Meinung ist, wenn es schief geht könne es auf dem juristischen Wege eine Hintertüre ins Freie finden, so täuscht es sich.

Die Regierung der Nazi-Barone hat zu Herrn Hitlers Forderungen A gesagt, sie sagt durch die neue Verordnung, die eine Verordnung gegen die Länder ist, B, und sie wird, wenn sie noch lange regiert und ihren antisozialen Kurs gegen die Arbeiterklasse und gegen alle Notleidenden noch lange fortsetzen kann, das gesamte Alphabet durchbuchstabieren. Gleichschritt mit ihren reaktionären politischen und sozialen Taten gegen das Volk und gegen die Demokratie marschieren die SA, marschieren die Horden des Bürgerkrieges, marschieren die Konzessionen an deren Generäle und Geldgeber.

Es ist brutaler Hohn für das Volk und für seine Freiheit, wenn die Regierung in der Begründung ihrer neusten Verordnung zugunsten Hitlers sagt:

"Die vielfach geäusserten Bedenken gegen die wiedergewährten Freiheiten sind übertrieben!" Auf der einen Seite die Knebelung jeder sachlichen Kritik, Zeitungsverbote, und auf der anderen: Freiheit zum Mord und Bürgerkrieg, gegen den sich diese Kritik richtet.

Das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterklasse bedanken sich für solche "Freiheit". Sie wollen die Freiheit des Lebens, physisch und materiell. Die Freiheit zum Sterben, die Freiheit des Hungerns und des Abschlachtens durch viehische Horden und deren Anführer, das ist es, was das Volk nicht will. Deshalb versichern wir dieser Regierung der Nazi-Barone, die vergeblich versucht, den Kommunisten die Schuld an dem jüngsten Blutvergiessen zuzuschieben, in aller Ruhe: Das Mass ist bereits voll, wehe wenn es überläuft!

SPD. Paris, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" schreibt zu der Lausanner Konferenz:

"Die seit zwei Tagen von den Deutschen eingenommene Haltung hinterlässt den Eindruck einer mittelmässigen Berechnung und, bis zu einem gewissen Grade, eines wahren Mangels an Aufrichtigkeit. Nachdem man mehrere Darlegungen angehört hat, die erklären sollten, dass Deutschland sich in einer finanziellen und wirtschaftlichen Notlage befinde und keine Reparationen mehr zahlen könne, ist man überrascht gewesen, den Reichskanzler sagen zu hören, dass Deutschland die Zahlung eines Beitrags zu der allgemeinen Bemühung um die Wiederaufrichtung Europas ins Auge fassen könnte, wenn es die Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen erhalte, was die Berliner Regierung durch eine feierliche Bestätigung ihres Willens, nicht den Frieden Europas zu stören, anerkennen würde. Es ist wirklich erstaunlich, dass der Chef einer Regierung eines grossen Landes, das durch freiwillig unterzeichnete Abkommen gebunden ist, es wagen kann, ein solches Handelsgeschäft anzuregen, das dazu bestimmt ist, das Abrüstungs- und Reparationsproblem miteinander zu verbinden. Als Sicherheitsgarantie wäre das illusorisch, als Kompromiss für Rechte, die durch Verträge geheiligt sind, wäre das unzulässig. Wenn man einen einzigen Augenblick eine Formel dieser Art ins Auge fassen könnte, würde man in Wirklichkeit darin einwilligen, dass Deutschland der Reparationen mittels einer geringen Summe entledigt und dass dieser ungeheure Vorteil mit dem Opfer der Sicherheit Frankreichs bezahlt wird. Der Reichskanzler hat sich mit dieser Anregung in unvorsichtiger Weise blossgestellt und damit die schwere Verantwortung festgelegt, die Deutschland zufallen würde, wenn die Konferenz schliesslich scheitern sollte."

SPD. Die "Kölnische Volkszeitung" schreibt zu dem Antrag des Reichsinnenministers, das Blatt auf 5 Tage zu verbieten, u.a. folgendes:

"Es ist kein Zufall, dass eines der ersten Opfer des neuen Systems die "Kölnische Volkszeitung" werden soll, die in diesen Tagen mehr denn je ihre Mission als Dolmetscherin der Stimmung des wirtschaftlich und politisch gleich wichtigen westlichen Landesteils zu erfüllen bestrebt ist. Wir haben uns im Laufe einer langen Geschichte wahrlich nicht den Ruf eines radikalen oder zu Extremen neigenden Blattes erworben. Wenn in diesen auch von anderer Seite als gemässigt anerkannten Spalten nunmehr Stimmen laut werden, deren Klangfarbe Manchem ungewohnt ist, so kann man den Herren in Berlin doch nur empfehlen, einmal den Untergründen der völlig veränderten Stimmung und Haltung weite Kreise der Bevölkerung eine Viertelstunde des Nachdenkens zu widmen, ehe sie den Mechanismus der Notverordnung in Bewegung setzen. Die Herren haben die

Macht, uns 5 Tage zum Schweigen zu verurteilen, aber sie machen damit das neue System nicht verständlicher, wohl aber deutlicher. Die "Kölnische Volkszeitung" hat die Gerichte im Laufe vieler Jahrzehnte nur ganz selten zu behelligen brauchen, öfter hat sich schon die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit behördlichen Stellen, deutschen und ausländischen, herausgestellt und zwar immer dann, wenn in Deutschland irgend etwas nicht in Ordnung war. Mehr als der Regierung vielleicht zum Bewusstsein gekommen ist, liegt in ihrer Drohung ein Beweis für die Spannung, unter der gegenwärtig die innere Politik Deutschlands steht."

SPD. Lausanne, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Lausanner Konferenz hat am Mittwoch-Nachmittag eine neue überraschende Wendung genommen.

Unter Führung MacDonalds ist es dem energischen Druck der vier anderen einladenden Mächte gelungen, trotz der deutsch-französischen Differenz die sofortige Vertagung der Konferenz zu verhindern. Nach den Mitteilungen der englischen und französischen Minister beschloss man im Verlauf der Sitzung der sechs einladenden Mächte zwei neue Körperschaften einzusetzen und zwar ein offizielles Büro der Konferenz, bestehend aus je einem Mitglied der sechs Mächte. Dieses Büro soll die bisherige lose Methode der privaten Verhandlungen durch einen Bericht über deren Verlauf und jetzigen Stand abschliessen sowie der Konferenz ein festes Arbeitsprogramm geben. Die zweite Körperschaft ist ein Komitee aus den Wirtschaftsministern der sechs einladenden Mächte, das die Pläne für den europäischen Wiederaufbau im Zusammenhang mit der Reparationsfrage bearbeitet und den Weg zur Ueberleitung der Lausanner Konferenz in die grosse Weltwirtschaftskonferenz herstellt. Es soll auch diese grosse Konferenz bereits ausführlich vorbereiten.

Die Ausführungen Herriots, Germain-Martins und MacDonalds gehen übereinstimmend dahin, dass die Konferenz weitergehe. Herriot wird am Freitag oder Sonnabend nach Paris fahren. Er wird der Ueberführung der sterblichen Reste Briands nach Cocherel beiwohnen. Die Vertretung seines Finanzplans vor Ministerrat, Senat und Kammer will er mit der Lausanner Arbeit auf jeden Fall verbinden, selbst wenn er in der nächsten Woche abwechselnd einen Tag in Paris und einen Tag in Lausanne sein müsste. Er forderte immer wieder nachdrücklich die Weltpresse auf, die Ruhe zu bewahren.

Es herrscht zurzeit der allgemeine Eindruck vor, dass der Versuch der deutschen Regierung, die Vertagung der Lausanner Konferenz zu erzwingen, vereitelt worden ist. Verstärkt wird dieser Eindruck noch durch das absolute Schweigen der deutschen Regierung, während die anderen Regierungschef der Presse ständig Mitteilungen zugehen lassen. Wie lange die Konferenz allerdings noch dauern wird und welches schliesslich ihr Ergebnis ist, lässt sich noch keineswegs sagen.

SPD. Warschau, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

In den vier nordöstlichen Wojewodschaften von Polen und in einem Teil von Ostgalizien sind infolge der Agrarkrise solche Notzustände unter der Landbevölkerung eingetreten, dass jetzt selbst die Regierungspresse bereits von der Gefahr einer drohenden Hungersnot spricht. Die Bauern haben ihre Ernten bereits im letzten Herbst verkauft und im Frühjahr knapp noch Saatgut gehabt. Jetzt fehlt es an Brotgetreide und allen anderen Lebensmitteln zur Ernährung der Bevölkerung. Der polnische Ministerrat hat deshalb beschlossen, sofort Notstandsmassnahmen einzuführen und insbesondere Mehl in den Hungergebieten zu verteilen.

SPD. München, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Das Inkrafttreten der neuen Notverordnung machte sich im Münchener Strassenbild am Mittwoch nur wenig bemerkbar. Uniformierte Hakenkreuzler waren nur vereinzelt zu sehen. Dagegen war der Betrieb vor dem Braunen Haus sehr lebhaft. In den Nachmittagsstunden sammelten sich viele Neugierige vor dem Palais an, dessen Wachen zum erstenmal seit dem 10. Juli vorigen Jahres ihre braunen Kostüme wieder angelegt hatten.

Der scharf ablehnende Standpunkt der bayerischen Regierung gegenüber der neuen Notverordnung kommt in der offiziellen Staatszeitung zum Ausdruck, die in einem Leitartikel schreibt:

"Was bis zur Stunde von der Mehrheit der bayerischen und der süddeutschen Bevölkerung für gut befunden und für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung für zweckmässig gehalten wurde, ist vom Reichsinnenministerium so auffällig desavouiert worden, dass der politische Hintergrund dieser Massnahme des Reiches klar zutage tritt, umso mehr, als sie sich in der Hauptsache gegen jene Länder richtet, in denen die blutigen Krawalle, unter denen seit langem das ganze norddeutsche Reichsgebiet leidet, nicht vorgekommen sind. Die neue Notverordnung ist und bleibt ein schwerer Eingriff in die Polizeihochheit der Länder. Ihre einzelnen Bestimmungen sind so geartet, dass der vollzogene Einbruch in das Recht der Länder diesen zunächst schwerste Fesseln anlegt. Sie öffnen dem neuen, ordinären, politischen Gassenbubentum alle Schleusen. Ein besonders schwerer Mangel ist die unklare Festlegung des Instanzenweges für zu erwartende Rechtsbeschwerden. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, Zeiten, die vielleicht mit Blut ihr Andenken in die neuere deutsche Geschichte einschreiben werden. Um im Rahmen des Möglichen wenigstens vom bayerischen Staatsgebiet die Krawallpolitik der Strasse fernzuhalten, erwächst nun für die bayerischen verantwortlichen Stellen die selbstverständliche Pflicht, die Bestimmungen dieser Notverordnung, solange sie nicht zu beseitigen ist, so auszuschöpfen, dass die Staat autorität keinen weiteren Schaden leidet als den, der ihr von oben herab schon zugefügt worden ist."

Über die nächsten Absichten der bayerischen Regierung schreibt die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz: "Bayern hat den ihm vom Reich aufgezwungenen politischen Konflikt bisher auf einer völlig einwandfreien Rechtsbasis durchgefochten, und es denkt nicht daran, seinen Gegenspielern den Gefallen zu tun, in Zukunft seiner Politik die absolut einwandfreie rechtliche Untermauerung zu entziehen. Nachdem nunmehr die Massnahmen der Reichsregierung bekannt sind, wird sich ein bayerischer Ministerrat demnächst mit der Frage befassen, wie unter den veränderten Rechtsverhältnissen trotz der eingetretenen Erschwerungen unter allen Umständen die Ruhe und Sicherheit im Lande gewährleistet werden kann. Es handelt sich hierbei auch um die Pflicht der Regierung vorsorgliche Massnahmen zu treffen, die es verhindern, dass die Strasse dem politischen Terror irgend einer politischen Partei ausgeliefert wird."

SPD. Der preussische Minister des Innern dürfte dem Antrag des Reichsinnenministers, den "Vorwärts" und die "Kölnische Volkszeitung" auf je fünf Tage zu verbieten, nicht entsprechen und Herrn von Gayl brieflich eine entsprechende Begründung zugehen lassen. Die Entscheidung über die Verbote liegt dann beim Reichsgericht.

SPD. Frankfurt/M., 29. Juni (Eig. Dr.)

In Gelnhausen bei Hanau kam es zu schweren Zusammenstössen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein Fackelzug uniformierter Nazis verursachte innerhalb der Bevölkerung grosse Erregung. Die Reibereien setzten sich später

auf der Landstrasse nach dem Dorfe Roth zu fort, wo es am Dorfeingang zu schweren Ausschreitungen kam. Hier wurde ein SA-Mann aus einem benachbarten Dorf durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Ausserdem erlitten andere Teilnehmer an der Schlägerei leichtere Verletzungen. Die Polizei verhaftete drei Personen.

SPD. Genf, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Arbeitslosigkeit in der Welt hat sich nach Angaben des Internationalen Arbeitsamts in den letzten Monaten allgemein weiter verschärft. Nur in Finnland ist sie um 1 v.H. und in Polen um 3 v.H. gesunken.

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Methoden zur Ermittlung der Arbeitslosenziffern macht das IAA folgende Angaben, wobei in den Klammern jeweils die Vergleichszahlen für die gleichen Monate des Vorjahres angegeben sind: Deutschland 5 675 307 Arbeitslose Anfang Juni (4,2 Millionen), Grossbritannien und Nordirland 2,8 Millionen (2,5), Schweiz 103 092 im April (60 871), Frankreich 315 502 im Juni (51 354), Italien 1 032 745 im Mai (699 133), Tschechoslowakei 482 000 im Juni (93 941).

Die übliche Entlastung des Arbeitsmarktes durch den Saisonbeginn im Frühjahr ist also dieses Jahr nirgendwo eingetreten und selbst die Ausschaltung vieler Arbeitsloser in einigen Ländern durch die verschärften Bestimmungen über die Zulassung zur Unterstützung hat die Zahlen gegenüber 1931 nicht herabzudrücken vermocht. Die neuesten Statistiken zeigen in den letzten drei Monaten dieses Jahres eine Zunahme der Erwerbslosen in der Tschechoslowakei von 11,3 auf 13,3 v.H., in England von 22 auf 22,1 v.H., in Japan von 6,7 auf 6,8 v.H., in Polen von 14 auf 15,3 v.H., in USA von 23,1 auf 31 v.H.. Die Abnahme betrug in Deutschland von 33 auf 30,7 v.H., Belgien von 43,2 auf 42,7 und Schweiz von 25 auf 23 v.H..

SPD. Paris, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Der französische Flieger Machenau hat am Mittwoch zu wissenschaftlichen Zwecken einen Fallschirmsprung aus 7 500 Meter Höhe unternommen. Der Flieger landete ohne Zwischenfall etwa 20 Kilometer von der Absprungstelle entfernt. Vor dem Aufstieg und nach der Landung wurde Machenau von mehreren Professoren der medizinischen Akademie untersucht. Man wollte die Reaktionen des Absprungs auf die Blutzirkulation und die Atmung feststellen.

SPD. Lausanne, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Die genaue Formulierung der Aufgabe für die beiden Körperschaften, die am Mittwoch eingesetzt wurden, lautet nach einem amtlichen Kommuniqué dahin, dass das Büro den gegenwärtigen Stand der Reparationsfrage an Hand der bisher vorbereitenden Prüfung untersuchen soll. Den sechs einladenden Mächten soll so rasch als irgend möglich ein Bericht vorgelegt werden, mit Empfehlungen für mögliche Lösungen. Das Komitee der Wirtschaftsminister soll gewisse Fragen bezüglich des zweiten Teiles des Lausanner Problems behandeln, nämlich "die notwendigen Massnahmen für die Lösung der anderen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die für die gegenwärtige Weltkrise und ihre Verlängerung verantwortlich sind", in Vorbereitung für eine weitere Konferenz, welche diese Fragen in naher Zukunft verhandeln soll. Der Präsident wurde ermächtigt, im Bedarfsfall einen Vertreter der BIZ und Vertreter Ungarns und Bulgariens zu den Komiteeberatungen hinzuzuziehen.

SPD. Im Dachdeckergewerbe wurde auf Grund eines Schiedsspruches ein Reichstarifvertrag abgeschlossen. Er ist dieser Tage durch Urabstimmung von den Arbeitnehmern im Dachdeckergewerbe angenommen worden. Da auch die Arbeitgeber, mit deren Stimmen der Schiedsspruch gefällt worden ist, zustimmten, tritt der Reichstarifvertrag am 1. Juli 1932 in Kraft.

Der neue Vertrag bringt eine Regelung der Löhne in dem Sinne, dass zu den Bauarbeiterlöhnen Zuschläge von drei und vier Pfennigen pro Stunde kommen. Weitere Sonderzulagen, wie Fahrgeldentschädigung, Ueberlandzulagen, müssen in den Bezirken geregelt werden. Die Junggesellenlöhne sind reichstarifvertraglich wie folgt geregelt: 80 % des Gesellenlohnes im 1. Jahr nach beendeter Lehrzeit, 85 % im 2. Jahr und 90 % im dritten Jahr. Die übrigen Bestimmungen des Reichstarifvertrages sind nur wenig verändert worden - wo es geschehen ist, selbstverständlich nicht zugunsten der Arbeitnehmer. So wurde u.a. für 1932 der Urlaub sistiert.

Der Vertrag läuft bis zum 15. März 1933; er kann erstmalig am 15. Dezember 1932 gekündigt werden.

SPD. Dresden, 29. Juni (Eig. Drahtb.)

Die angekündigte Gründung der Auto-Union A.G. mit dem Sitz in Chemnitz, der Zusammenschluss der sächsischen Personenautofabriken, ist am Mittwoch zustande gekommen. Die Generalversammlungen der Audiwerke, der Horchwerke und der Zschopauer Motorenwerke haben den entsprechenden Anträgen zugestimmt. Die letztere Gesellschaft hat der Erhöhung des Kapitals auf 14½ Millionen, Umänderung der Firma in Auto-Union A.G. mit dem Sitz in Chemnitz und den Pacht- und Kaufverträgen mit den Wandererwerken zugestimmt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Donnerstag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Die Geheimkeller.

Schwarzbrenner und Banderolenfälscher an der Arbeit - Razzia um Mitternacht - Vergällter Sprit mit Himbeersaft - Grossmuggel an der deutsch-französischen Grenze.

SPD.Eins der Steuergesetze, gegen die am meisten verstossen wird, ist nach Ansicht der Zollfahndungsstelle Berlin-Brandenburg das Gesetz über die Branntweinmonopolabgabe. Wenn auch die Zeit der grossen Spritschiebungen der Weber, Kopp und Lindemann vorüber ist, so gibt es doch in Berlin noch immer eine grosse Anzahl gewerbsmässiger Geheimbrenner, die in Wohnlauben und Kellerräumen, in Ställen, Schuppen und Bodenkammern, kurz, in allen erdenklichen Schlupfwinkeln ihr dunkles Gewerbe ausüben. Meist sind die Brenngeräte der "Geheimen" technisch so primitiv, dass sie nur einen ganz minderwertigen Sprit liefern, der dann in kleinen Destillen ausgeschenkt oder im Hauserhandel vertrieben wird. Zum Brennen werden häufig Zucker und Sirup verwendet, also Rohstoffe, die den Brennprozess wesentlich abkürzen.

Kellerromantik mit Zollbetrug.

Bei der ausserordentlichen Geschicklichkeit der Geheimbrenner, die ihre Brennanlagen raffiniert maskieren, wäre ihre Bekämpfung an sich sehr schwierig, wenn den Geheim-Brennern nicht der Geruch der gärenden Brennmasse der "Maische" oft zum Verhängnis würde. So wurde z.B. der Zollfahndungsstelle aus einem Geschäftshaus im Berliner Zentrum gemeldet, dass morgens im Hofe oft ein aufdringlicher Maischegeruch wahrzunehmen sei. Da sich in demselben Hause eine kleine Likörfabrik befand, unterzog die Behörde deren Betriebsräume einer überraschenden Revision. Es stellte sich heraus, dass der Inhaber laufend grosse Zuckermengen bezog, über deren Verbleib er sich nicht genügend ausweisen konnte. Man verhaftete ihn unter dem dringenden Verdacht des Monopolvergehens, aber nach einigen Tagen machte sich von neuem der Maischegeruch bemerkbar. Bei einer nochmaligen Untersuchung entdeckte man im anderen Flügel des Hauses einen versteckten Keller, den der Fabrikant angeblich als Lageraum gemietet hatte. Hier fand sich durch einen Holzverschlag vor allen Blicker geschützt, eine mit allen Schikanen eingerichtete Geheimbrennerei.

Eine ähnliche Anzeige kam aus einem Miethaus im Norden. Trotz aller Nachforschungen fanden die Beamten im Kellervorraum nur ein Fass mit Rübensirup. Sie liessen sich deshalb nachts heimlich in den Keller einschliessen. Und richtig, um Mitternacht erschienen zwei Männer und rollten das Fass in den Keller, wo sie sich mit Hilfe eines Waschkessels und alter Benzinkannen eine primitive Brennanlage gebaut hatten. Sie waren nicht schlecht erstaunt, als die Fahndungsbeamten plötzlich vor ihnen standen und sie verhafteten.

Gefährliche Fusel-Mixer.

Eine besondere Spezialität ist das Entgällen von denaturiertem Sprit. Die Monopolverwaltung liefert an die Industrie Sprit für technische Zwecke, besonders zur Herstellung von Parfum, Kopfwasser, Lack usw., zu ermässigtem Preis. Die Fabriken beziehen diesen Sprit in plombierten Fässern, die an Ort und Stelle von den Aufsichtsbeamten der Zollämter geöffnet und durch chemische Zusätze vergällt werden. Dieser billige Industriesprit war von jeher der Gegenstand betrügerischer Manipulationen. Händler und Fabrikanten besorgten sich grössere Mengen des steuerbegünstigten Sprits, entzogen ihm mit Hilfe verschiedener Filtrierverfahren die Zusätze und brachten ihn dann als

Trinkbranntwein in den Handel. Im Kleinen wird dieses Verfahren häufig bei Brennspritus angewendet. Ja, sogar vergällter Brennsprit kommt als Trinkbranntwein zum Ausschank. So kam man erst kürzlich einigen Geschäftsleuten in Charlottenburg auf die Spur. Sie hatten monatelang ein gutes Geschäft gemacht, in dem sie hochprozentigen Brennsprit zur Hälfte mit Wasser verdünnten und an Arbeitslose verkauften, nach dem sie ihn vorher mit Himbeersaft versetzt hatten.

Banderolensteuer nicht gefragt -!

Eine andere Kategorie von Steuerhinterziehern bilden die Schwarzhersteller von Zigaretten. Es gibt in Berlin eine Menge kleiner Zigarettenfabriken, die von Türken, Griechen und Bulgaren betrieben werden. In den meisten Fällen ist der Betrieb in einem Laden untergebracht, in dem die mit der Hand gestopften Zigaretten gleich verkauft werden. Unter diesen kleinen Fabriken befinden sich eine Menge Schwarzhersteller, die jährlich unzählige von un versteuerten Zigaretten in den Handel bringen. Um ihre Ware leichter loszuwerden, fälschen sie die Hülsen bekannter Markenzigaretten. So tauchten vor einiger Zeit grosse Mengen einer in Berlin stark konsumierten Vierpfennig-Zigarette auf, die sämtlich gefälscht waren und aus Schwarzfabriken stammten. Diese Schwarzhersteller stehen meistens mit einer kleinen Tabakfabrik in Verbindung, die ihnen Feinschnitt liefert, den sie in ihren Büchern als Krüllschnitt zu verzeichnen pflegen. Während der Tabaklieferant die Steuerdifferenz zwischen Krüll- und Feinschnitt in die Tasche steckt und in seinen Büchern durch falsche Buchungen das Geschäft verschleiern, meldet sein Kunde den Tabak überhaupt nicht an und "spart" so die Banderolensteuer. Zu diesem Zweck hat er in seinem Laden grosse, vorschriftsmässig banderolierte Packungen stehen, die jeden Morgen mit un versteuerten Zigaretten nachgefüllt werden.

Not und Versuchung.

Auch das Zigarettenpapier ist der Gegenstand raffinierter Steuer- und Zollhinterziehungen. Französisches Papier z.B. wird in grossen Mengen über die deutsche Grenze geschmuggelt und dann im Schwarzhandel in den grossen Städten vertrieben. Allerdings haben die Banderolenfälschungen in der letzten Zeit nachgelassen, seitdem man die Banderolen durch ein kompliziertes Prägeverfahren vor Nachahmungen schützt. -

Die Gesetze bestrafen die Steuerhinterzieher, die Geheimbrenner, Schwarzfabrikanten und ihre Helfer mit aller Härte. Gewöhnlich setzen die Betroffenen ihre wirtschaftliche Existenz aufs Spiel. Oft ist es die Not, die kleine Geschäftsleute zu betrügerischen Manipulationen verleitet. In den weitaus meisten Fällen aber stellt die Höhe der Steuerabgaben eine Versuchung dar, der viele nicht widerstehen können.

Defraudant erschiesst sich. In einem Hotel im Zentrum Berlins erschoss sich am Mittwoch vormittag der aus Freienwalde stammende 33jährige Gerichtsbeamte Otto Bunge. Bunge war, nachdem er 26 000 Mark unterschlagen hatte, aus Freienwalde geflüchtet.

Mord. In Bernau bei Berlin wurde am Mittwoch Mittag die Ehefrau des Arbeiters Doberan erdrosselt im Bett aufgefunden. Die Frau war gefesselt, um ihren Hals befand sich eine Schlinge aus Kupferdraht. An der Leiche festgestellte Kratzwunden wiesen daraufhin, dass der Tat ein heftiger Kampf zwischen dem Mörder und seinem Opfer vorausgegangen war.

Eisenbahnunglück. In Castle-Rock in Colorado (U.S.A.) entgleisten 18 Wagen eines Güterzugs. Es wurden 8 Tote und vierzig Verletzte gemeldet.

Revision im Sklarek-Prozess. Die Brüder Sklarek sowie der Bürgermeister a.D. Kohl haben gegen das Urteil im Sklarekprozess wegen angeblicher formaler und materieller Verletzung der Rechtsnormen durch ihren Verteidiger Revision einlegen lassen. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, nicht von dem Rechtsmittel der Revision Gebrauch zu machen. Willi Sklarek, der nach der Urteilsverkündung einen Nervenzusammenbruch erlitten hat, ist in das Lazarett des Moabiter Untersuchungsgefängnisses eingeliefert worden. Die schriftliche Ausfertigung des Urteils wird wahrscheinlich einige Monate in Anspruch nehmen, sodass die Zustellung an die Verteidiger kaum vor Oktober oder November erfolgen wird.

Von Blitz getroffen. Im Siedlergebiet Elsterwegen in Südostfriesland wurden bei einem schweren Gewitter drei auf dem Moor tätige Arbeiter vom Blitz getroffen. Zwei wurden auf der Stelle getötet, der dritte erheblich verletzt.

Ihre Kinder ermordet. In einem Anfall geistiger Umnachtung ermordete in der Ortschaft Walldorf bei Frankfurt a. Main eine Frau Oehleschläger ihre zwei Kinder. Die geistesranke Frau konnte erst nach heftigem Kampf überwältigt und festgenommen werden.

Brennender Frachtdampfer. Auf dem der Hamburg-Portugiesischen Dampfschiffreederei gehörenden 1750 Tonnen-Dampfer "Tanger", der sich an der Elbmündung befindet, brach am Mittwoch mittag Feuer aus. Die Flammen verbreiteten sich mit grosser Schnelligkeit, sodass drahtlos Hilfe herbeigerufen werden musste. Infolge der grossen Wassermassen, die in das Schiff geschleudert wurden, erhielt der Dampfer Schlagseite und musste auf Grund gesetzt werden.

Vom U=Boot gerammt. Der Raddampfer "Premier", der mit 150 Ausflüglern eine Fahrt längs der englischen Kanalküste unternahm, wurde von dem englischen U=Boot "Rainbow" am Bug gerammt. Zwei Motorboote mussten den Vergnügungsdampfer, der ein drei Meter grosses Loch erhalten hatte, abschleppen.

Beim Spiel erschossen. In Dresden-Tschernitz wurde ein 11jähriger Knabe von einem gleichaltrigen Kameraden, der mit einer Luftbüchse nach einer Scheibe schoss, getötet. Ein unvermittelt losgegangener Schuss traf das Kind ins Herz.

Staatsanwalt im Mitgiftprozess. Im Mitgiftprozess Caro-Patschek wurde am Mittwoch der Erste Staatsanwalt Reimer vom Kammergericht als Zeuge vernommen. Er sollte über das Zustandekommen einer Aktennotiz in dem Verfahren gegen Geheimrat Caro aussagen. Staatsanwalt Reimer erklärte, dass er von der Schuld des Angeklagten Caro überzeugt gewesen sei und die reproduzierte Quittung für eine Fälschung gehalten habe. Der Zeuge liess durchblicken, dass er auch heute noch Caro für schuldig hält. Im Anschluss an die Aussage des Staatsanwalts griffen die Verteidiger den Zeugen heftig an, wobei sie ihn der Voreingenommenheit gegen Caro bezichtigten.

Die grosse Not. In seinem Lokal in der Pflugstrasse in Berlin erhängte sich in der Mittwoch Nacht der Gastwirt Gustav Wald. Wirtschaftliche Not hat ihn zum Selbstmord getrieben.

Grubenkatastrophe. Auf der Zeche "Scharrock III/IV" Wanne-Eickel (Westfalen) ging eine Strecke zu Bruch. Drei Bergleute wurden verschüttet. Zwei konnten gerettet werden, der dritte fand in den Gesteinsmassen den Tod.



Getreidemonopol?

Zwangswirtschaft mit umgekehrten Vorzeichen.

SPD. Wir stehen ohne Zweifel in Deutschland vor einer Rekordgetreideernte und schon zerbricht man sich den Kopf, wohin man mit dem Getreidesegen soll. Ohne Zweifel würde eine Rekordernte mit den Preisüberhöhungen, die man mit Getreidezöllen, Vermahlungszwang usw. erreicht hat, Schluss machen. Das Kopfzerbrechen läuft also darauf hinaus, die hohen Getreidepreise zu halten. In diesem Zusammenhang interessiert, dass mit einem mal eine mächtige Gruppe in der deutschen Landwirtschaft zu begeisterten Anhängern des Getreidemonopols geworden ist. Das Getreidemonopol soll die überhöhten Preise retten.

Im Kieler Agrarprogramm von 1927 hat die deutsche Sozialdemokratie die grundsätzliche Forderung aufgestellt, "an Stelle der Getreidezölle ein Reichsmonopol für die Einfuhr und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten zu schaffen". Seither hat die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit den Versuch gemacht, den deutschen Landwirten an Stelle des unzulänglichen Zollschatzes den planwirtschaftlichen Schutz durch ein Aussenhandelsmonopol für Getreide zugute kommen zu lassen. Immer wieder ist die gute Absicht an der Furcht der Landwirtschaft vor "sozialistischen Experimenten" und an dem Widerstand der mit telständlerischen, von Händlerinteressen beeinflussten Kreise und Parteien gescheitert. Schliesslich hat man allerdings unter dem Druck der Weltagrarkatastrophe doch in der deutschen Getreidepolitik wenigstens Stücke aus der sozialdemokratischen Forderung verwirklichen müssen. Beim Mais haben wir heute ein Monopol, das die Sozialdemokratie mitschaffen half, und die Handhabung des deutschen Aussenhandels mit Roggen ist unter der Logik der wirtschaftlichen Tatsachen einem Aussenhandelsmonopol unter staatlicher Kontrolle immer ähnlicher geworden. Unendlich wirksamer wären natürlich all diese Massnahmen gewesen, viel Kinderkrankheiten hätten vermieden und viel Lehrgeld hätte erspart werden können, wenn man, anstatt Massnahmen stückweise, unorganisch und widerstrebend einzuführen, rechtzeitig den planwirtschaftlichen sozialdemokratischen Vorschlag eines Aussenhandelsmonopols für Getreide in seiner Gesamtheit verwirklicht hätte.

Ist nun der Saulus im grossagrарischen Lager zum Paulus geworden? Nein, das von gewissen Landbündkreisen geforderte Getreidemonopol will etwas ganz anderes als der sozialdemokratische Vorschlag. Das sozialdemokratische Agrarprogramm fordert nämlich ausdrücklich ein "Reichsmonopol für Ein- und Ausfuhr von Getreide- und Mühlenprodukten", d.h. ein Aussenhandelsmonopol. Die Grossagrарier fordern dagegen ein Inlandsmonopol. Dieser Unterschied ist keineswegs bedeutungslos. Die Zuversicht der Sozialisten, dass ein Aussenhandelsmonopol für Getreide keine "bürokratische Misswirtschaft" bringen, dass es reibungslos funktionieren würde und dass seine volkswirtschaftlichen Erfolge der Tätigkeit des privaten Handels weit überlegen sein würden, beruht nämlich auf der Tatsache, dass der Aussenhandel mit Getreide wirklich sozialisierungsreif ist, was man aber vom Inlandshandel nicht sagen kann. Beim Aussenhandel mit Getreide handelt es sich um grosse geschlossene Warenmengen, die von einer staatlichen Stelle ohne viel bürokratischen Apparat erfasst werden können, und tatsächlich hat ja die von der Sozialdemokratie vorausgesagte Logik der wirtschaftlichen

Entwicklung dazu geführt, dass heute in der ganzen Welt ein sehr grosser Teil des Getreideverkehrs von Land zu Land nicht zwischen privaten Firmen, sondern zwischen den im Dienst ihrer Volkswirtschaft tätigen Regierungsstellen vor sich geht. Ganz anders liegt es im Inlandsverkehr. Hier handelt es sich um Hunderttausende, vielleicht sogar um Millionen von Einzelsätzen kleinen und kleinsten Ausmassen, sodass ein riesiger Beamtenapparat, ein schwerfälliges bürokratisches Gebilde notwendig sein würde, um hier die Tätigkeit des Handels und der Genossenschaften durch ein Staatsmonopol zu ersetzen.

Ein Inlandsmonopol, wie es heute manchen Landwirtschaftsführern vor-schwebt, ist nämlich weiter nichts als die Zwangswirtschaft des Krieges, nur mit umgekehrtem Vorzeichen. Bei dieser Zwangswirtschaft des Krieges erfasste auch eine staatliche Zentralstelle, die Reichsgetreidestelle, das gesamte In-landsgetreide. Sie erfasste es allerdings in der Absicht, eine übermässige Preissteigerung zu verhindern, während jetzt die Aufgabe des Monopols in der Verhinderung des Preiszusammenbruchs bestehen soll. Die alte Zwangswirtschaft bestand darin, dass Höchstpreise festgelegt wurden und dass jeder Landkreis, jede Gemeinde, jeder Landwirt ein Lieferungssoll erhielt, das zu diesem Höchst-preise abgeliefert werden musste. Das heutige Inlandsmonopol würde ebenfalls Preisbindungen und Lieferungsbindungen schaffen. Es würde aber nicht Höchst-preise, sondern Mindestpreise festsetzen, welche der Staat der Landwirtschaft für das abzuliefernde Getreide unter allen Umständen zahlen muss, auch wenn im freien Verkehr nur ein viel niedrigerer Preis zu erzielen wäre. Der alten Ab-lieferungspflicht der Zwangswirtschaft wird heute ein Ablieferungsrecht, ein Lieferungskontingent entsprechen, wobei wiederum für jeden Landkreis, jede Ge-meinde und jeden Landwirt festgelegt werden würde, wieviel zu diesen gebunde-nen Preisen zur Ablieferung gebracht werden darf. Die staatliche Stelle könn-te ihrerseits nur dadurch lebensfähig sein, dass dem Getreidehandelsmonopol ein Mühlenmonopol zur Seite tritt, wobei die Mühlen verpflichtet werden, ihren Getreidebedarf nur zu künstlich erhlhten Preisen bei der staatlichen Ankaufs-stelle zu decken. Es würden Strafbestimmungen geschaffen werden für diejenigen Mühlen, welche Getreide im "Schleichhandel" zu den niedrigen Preisen des frei-en Marktes erwerben. Alles in allem also das groteske Bild einer Zwangswirt-schaft mit umgekehrtem Vorzeichen.

Ob diese schwerfällige und widersinnige Organisation überhaupt funktio-nieren würde, muss stark bezweifelt werden. Solange sie bestünde, würde sie eine Kette von ewigen Reibereien und Streitereien, eine Quelle ewigen Aerger-nisses und, wo man gerade auch in der heutigen Zeit denken muss, des politischen und persönlichen Missbrauchs bedeuten.

Wir Sozialdemokraten haben bei dem ersten Auftauchen solcher Pläne mit aller Entschiedenheit zu erklären, dass dieses groteske Gebilde mit dem von uns in unserem Agrarprogramm geforderten Aussenhandelsmonopol nichts und auch nicht das geringste zu tun hat.

SPD. Durch das Vorgehen der Adelsregierung, die der preussischen Regie-rung die durch Abtretung der Siedlungsbank fällig gewordenen 100 Millionen Mark verweigerte, sah sich der preussische Finanzminister gezwungen, von dem Stundungssystem zum Mietbeihilfesystem überzugehen. Die Regelung hat in vielen Städten eine äusserst gehässige Agitation der Hausbesitzer gegen die preussi-sche Regierung hervorgerufen. Wir haben von vornherein betont, dass das Miet-hilfesystem unsozial ist und dass es so bald wie möglich verschwinden muss. Die Agitation der Hausbesitzer aber zielt gar nicht auf eine Erleichterung der Mieten hin, sondern auf den Profirt der Hausbesitzer. Deshalb bemüht man sich, die Neuregelung möglichst zu verdunkeln. Aus diesem Grunde ist es er-freulich, dass die Amtliche preussische Pressestelle Fingerzeige über die Ausführung der neuen Regelung gibt.

Nach diesen Anweisungen war bisher auf Grund des § 9 Absatz 2 Ziffer 1 a und b der Hauszinssteuerverordnung die Hauszinssteuer bei Mietwohnungen zu stunden und niederschlagen, soweit deren Nutzungsberechtigten und die ihren Haushalt teilenden Familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder ein sonstiges Einkommen von nicht mehr als 1'200 RM bezogen oder sofern Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zusatzrente erhalten oder Erwerbslose oder andere bedürftige Personen, welche die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, Mieter sind. Diese Vorschriften sind durch die Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juni 1932 mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab aufgehoben, d.h. es werden von diesem Zeitpunkte ab Hauszinssteuerstundungen und Niederschlagungen zu Gunsten hilfsbedürftiger Mieter hinsichtlich ihrer Wohnungen in der alten Weise nicht mehr gewährt.

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Mieter obliegt künftig den Bezirksfürsorgeverbänden nach Massgabe der Fürsorgepflichtverordnung und den Richtlinien der Bezirksfürsorgeverbände für die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Zur Deckung der erhöhten Unkosten sind vom Staate den Bezirksfürsorgeverbänden entsprechende Mittel bereitgestellt. Hilfsbedürftige Mieter haben daher ihre Anträge auf Erhöhung ihrer Unterstützung sogleich an das zuständige Wohlfahrtsamt zu richten. Die sofortige Nachprüfung und Entscheidung dieser Anträge ist bei der Masse der Anträge zur Zeit nicht möglich.

Mit Rücksicht hierauf hat der preussische Finanzminister zur Vermeidung von Härten in der Übergangszeit genehmigt, dass den Hauseigentümern, denen bisher Hauszinssteuerstundungen zu Gunsten hilfsbedürftiger Mieter gewährt wurden, für den Monat Juli stillschweigend, also ohne neuen Antrag, noch ein entsprechender Hauszinssteuerbetrag ohne Ziel auf Niederschlagung zinslos gestundet wird, und zwar bis zur erstinstanzlichen Entscheidung der Fürsorgebehörde. Sollte über die Anträge fürsorgeberechtigter Mieter durch die Fürsorgebehörden in einzelnen Orten im Laufe des Monats Juli in erster Instanz noch nicht entschieden werden, so kann der Vorsitzende des Grundsteuerberufungsausschusses im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten (für Berlin Oberpräsident) auf Antrag eine entsprechende Regelung noch für den Monat August genehmigen.

Liegt die Entscheidung der ersten Instanz der Fürsorgebehörde vor, so ist zu unterscheiden, ob der Antragsteller als hilfsbedürftig anerkannt ist und nunmehr seine Unterstützung mit Rücksicht auf den Fortfall der Hauszinssteuerniederschlagung erhöht worden ist oder nicht. Ist ihm als Hilfsbedürftiger seine Unterstützung erhöht worden, so hat er den Mietbetrag, der dem bisher gestundeten Hauszinssteuerbetrag entspricht, für Juli aus der Nachzahlung des Fürsorgeverbandes an den Vermieter zu entrichten, jedoch in keinem Falle mehr als der Nachzahlungsbetrag des Fürsorgeverbandes ausmacht. Soweit die Nachzahlung bei einem hilfsbedürftigen Mieter geringer ist als der bisher gestundete Hauszinssteuerbetrag, ist der Unterschiedsbetrag für den Monat Juli auf Antrag niederzuschlagen. Ist dagegen der Antragsteller von der Fürsorgebehörde nicht mehr als hilfsbedürftig anerkannt und wird ihm daher keine Unterstützung mehr gewährt, so ist ebenfalls auf Antrag der auf die Wohnung des Mieters entfallende Hauszinssteueranteil für den Monat Juli niederzuschlagen.

Durch diese Regelung ist für die Mieter, deren Hilfsbedürftigkeit anerkannt oder abgelehnt worden ist, erreicht, dass für den Monat Juli keine Änderung in ihren tatsächlichen Mietzahlungen eintritt und sie Zeit für eine etwa nötige Umstellung, insbesondere hinsichtlich eines Wohnungswechsels gewinnen. Zur Erleichterung des Wohnungswechsels können Hilfsbedürftigen Umzugsbeihilfen von den Bezirksfürsorgeverbänden gewährt werden. Solange sie rechtlich oder tatsächlich insbesondere durch das Fehlen geeigneter Wohnungen gehindert sind, eine andere angemessene Wohnung zu finden, sind die Verhältnisse des Einzelfalls, darunter auch der tatsächliche Wohnungsaufwand für die Bemessung der Mietsbeihilfe, gegebenenfalls über den im Richtsatz hinaus dafür vorgesehenen Betrag zu berücksichtigen.

Was das Kündigungsrecht anbelangt, so bestimmt sich das Kündigungsrecht des Mieters in erster Linie nach dem Mietvertrag, in zweiter Linie nach § 565 BGB. Der Schutz des Mieters und das Zusammenwirken der Gerichte mit den Fürsorgebehörden ergibt sich aus den §§ 3 und 10 des Mieterschutzgesetzes.

Weiter ohne Belebung.

(Berliner Getreidebörse vom 29. Juni)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb am Mittwoch weiter recht matt. Das Angebot an prompter Ware durch die Landwirtschaft war zwar klein; jedoch zeigte sich auf der anderen Seite auch keinerlei Unternehmungslust. Die Mühlen halten mit ihren Anschaffungen sehr zurück, da die Ernteaussichten unverändert gut sind und das Mehlgeschäft sich weiter sehr schleppend gestaltet. Dementsprechend waren noch die Notierungen für prompte Ware, bei Weizen um 2 Mark und beim Roggen um 1 Mark, rückläufig. Am Markte der Zeitschäfte zeigten sich für Weizen, abgesehen von dem stark rückläufigen Juli, nur geringfügige Veränderungen. Roggen konnte infolge von Deckungen teilweise bei Beginn leicht anziehen; jedoch gingen die Preisgewinne im Verlaufe der Börse zum Teil wieder verloren. Am Mehlmarkt zeigte sich keinerlei Belebung. Auch für Hafer war die Stimmung ruhig.

	28.6.	29.6.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	251 - 253	249 - 251
Roggen	190 - 192	189 - 191
Futter- und Industrieroggen	162 - 172	162 - 172
Hafer	157 - 161	157 - 161
Weizenmehl	30,75 - 34,75	30,50 - 34,50
Roggenmehl	25,80 - 27,75	25,70 - 27,60
Weizenkleie	9,90 - 10,50	9,90 - 10,50
Roggenkleie	10,10 - 10,50	10,10 - 10,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juni -, Juli 259,50 bis 257 1/2, Sept. 226,50, Okt. 227, Dez. 230,50, schwächer. Roggen Juni -, Juli bis 186, Sept. 181,75, Okt. 183-182,50, Dez. 184,75, ruhig. Hafer Juni -, Juli 164,75, Sept. 149, Okt. -, Dez. - ruhig.

SPD. In den nächsten Tagen wird beim Reichsernährungsminister eine Besprechung mit den Landwirtschaftsministern der Länder stattfinden, die das Ziel hat, eine Reichsschlachtsteuer einzuführen. Im Reichsernährungsministerium dringt man darauf, möglichst schnell zu einer Verreichlichung dieser Steuer zu kommen.

Damit greift die Adelsregierung eine Steuer auf, über deren unsozialen Charakter kein Wort zu verlieren ist. Als in Preussen die Schlachtsteuer eingeführt wurde, weil das Reich die Preussen zustehenden 100 Millionen zur Ausgleichung des preussischen Etats nicht zahlte, hatten wir gefordert, dass das nur eine vorübergehende Massnahme sein kann. Angesichts der Entwicklung muss jedoch mit einer Verankerung der Schlachtsteuer im Reich gerechnet werden.

+ + +
Der Verbandstag der Fleischermeister in Dortmund hat am Mittwoch den Antrag, die Schlachtsteuer mit Verkaufstreiks zu beantworten, abgelehnt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Kampfruf aus Mainz.

Die Schuhmacher sagen: Die Gewerkschaften sind die Einheitsfront.

SPD. Der 24. Ordentliche Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher, der gegenwärtig in Mainz tagt, ist von 71 Teilnehmern besucht: von 54 Delegierten, 9 Bezirksleitern und 8 Vorstandsmitgliedern. Anwesend sind auch zahlreiche ausländische und deutsche Gäste, die in Mainz bereits als Vertreter der Internationalen Zentralkommission für die Schuh- und Lederindustrie getagt haben.

Den Auftakt zum Verbandstag gab eine sehr temperamentvolle Rede des Verbandsvorsitzenden Simon, die der Tagung gewissermassen die Richtlinie gab. Simons Rede steigerte sich nach einem herzlichen Wort ehrenden Gedenkens für den verstorbenen Wilhelm Bock, den Senoir und Gründer des Verbandes, zu einer leidenschaftlichen Anklage gegen die furchtbaren Schäden des kapitalistischen Systems. Mit besonderer Schärfe wandte sich Simon gegen die neuen Lohnabbaubestrebungen der Unternehmer der Schuhindustrie und er richtete an den Verbandstag den Ruf: Unter keinen Umständen eine weitere Verschlechterung des Lohns! Simon trat für höchste Aktivität und Geschlossenheit ein und betonte unter starkem Beifall: die Einheitsfront ist da; sie ist für jeden Arbeiter, der die Zeichen der Zeit begriffen hat, verkörpert in den deutschen Gewerkschaftsorganisationen.

Die ausländischen Gäste - es sprachen Kanka-Wien, Chester-London, Roux-Frankreich, Carlsson-Schweden, Larsen-Kopenhagen, Gundersen-Oslo und Valchar-Tschechoslowakei - gaben ein Bild der Krise in ihren Ländern, und in ihren Reden kam die Bewunderung der ausländischen Gewerkschaften für den heroischen Freiheitskampf der deutschen Arbeiterschaft zum Ausdruck.

Im Namen der deutschen Gäste sprach Franz Spliedt vom ADGB. Er nahm sich vor allem die Papen-Phrase vom "Wohlfahrtsstaat" vor und erklärte mit Nachdruck und unter Beifall: die "gottgewollte organische Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" kennen wir. Gegenüber den Perspektiven, die uns hier von der Regierung der Hitlerbarone eröffnet werden, haben wir die Nerven und den klaren Blick zu behalten. So schwer die Probleme auch sein mögen - wir müssen hindurch und wir kommen hindurch.

Den Bericht des Vorstandes erstattete Max Lex, der zweite Verbandsvorsitzende. Dem Bericht ist zu entnehmen, dass die Mitgliederbewegung in den letzten Jahren rückläufig war, aber nicht etwa aus Gründen, die im Wesen oder in der Arbeit des Verbandes lägen, sondern infolge des dauernden Rückgangs der Beschäftigung in der Schuhindustrie. Waren im Oktober 1930 noch 82 545 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt, so konnten in der gleichen Zeit des Jahres 1931 nur noch 72 117, einschliesslich der Heimarbeiter, gezählt werden. Seitdem ist ein weiterer Rückgang eingetreten, sodass gegenwärtig mit rund 68 000 Beschäftigten in der Schuhindustrie zu rechnen ist. Demgemäss ist die Mitgliederzahl des Verbandes von 72 201 zu Beginn des Jahres 1930 auf 59 917 am Schluss des Jahres 1931 zurückgegangen. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit unter den Verbandsmitgliedern bieten ein grauenvolles Bild. Im Jahresdurchschnitt 1930 waren nur 36,4% der Mitglieder voll beschäftigt; 1931 betrug die Jahresdurchschnittszahl nur noch 26% Vollarbeiter. Zu Weihnachten

1931 waren nicht weniger als 14 642 Mitglieder sowohl in der Verbands- als auch in der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung ausgesteuert. - Die Verschmelzungsfrage ist nicht vorwärts gekommen, und der Vorstand richtet an den Verbandstag das Ersuchen, vorerst von einem Weiterverfolgen der Verschmelzung Abstand zu nehmen.

Eingehend beschäftigte sich der Vorstandsbericht mit der Tarifpolitik und den gegenwärtigen Lohndifferenzen in der Schuhindustrie. Die Unternehmer haben, nachdem durch die Notverordnung bereits ein 15prozentiger Lohnabbau erfolgt ist, einen weiteren Abbau von 14 Prozent gefordert. Der Verband fürchtet jedoch auch eine tariflose Zeit nicht, wie sie nach dem Scheitern der Verhandlungen am 1. Juli einzutreten droht.

Der Kassenbericht - die genauen Zahlen sind im Jahrbuch vermerkt - zeigt, dass der Verband behutsam gewirtschaftet hat. Trotzdem mahnte der Kassierer in Anbetracht der Gesamtsituation zu grösster Vorsicht.

In der Aussprache über den Vorstandsbericht brachten fast alle Redner ihre Zustimmung zur Tarifpolitik des Verbandsvorstandes zum Ausdruck. Jeder weitere Lohnabbau wurde scharf abgelehnt.

Die kommunistische Gewerkschaftspolitik wurde auf der Tagung rücksichtslos verurteilt. Mössner-Stuttgart, der gegen die Taktik der Gewerkschaften polemisierte, wurde von Kerker-Heilbronn und Rau-Kornwestheim an Hand von Beispielen aus der Praxis der Arbeitskämpfe die verbrecherische Tätigkeit der RGO gründlich klar gemacht. Der Verbandsvorsitzende Simon, der wiederholt in die Debatte eingriff, wies Mössner nach, dass gerade in den Bezirken, die von den Kommunisten beherrscht werden, die Faschisten die grössten Wahlerfolge erringen. Die KPD wolle ja nicht einmal eine Einheitsfront mit Mössner. Solange der russische Rubel rolle, gebe es in Deutschland keine Einheitsfront mit den Kommunisten. Was von dem Einheitsfrontgeschrei der Kommunisten zu halten sei, zeige ja das bereits bekannte Rundschreiben des ZK der KPD zur Genüge. Man solle, so betonte Simon, bei den Arbeitern doch endlich einmal den Gedanken zu Grabe tragen, dass bei der jetzigen Einstellung der KPD eine Einheitsfront durchgeführt werden könne. Spliedt, der dem Sehnen und Drängen der deutschen Arbeiter nach Zusammenschluss gegen den Faschismus beredten Ausdruck gab, erinnerte an 1918 und den Kapp-Putsch, als die Kommunisten die dargebotene Hand ausschlugen. Wie damals, so sei es auch heute. Die Kommunisten könnten gar nicht anders. Sie müssten ihre Wählerstimmen unter Schimpfen auf die Sozialdemokratie holen. Etwas anderes hätten sie nicht gelernt. Die Einstellung der Beschimpfung der SPD sei aber doch das mindeste, was man für die Einheitsfront geltend machen müsse. Im übrigen beschäftigte sich Spliedt in der Aussprache mit der Vierzigstundenwoche. Gegenwärtig sei kein Fortschritt in dieser Frage zu erwarten; denn der Reichswirtschaftsminister Warmbold sei ein Gegner des Eingriffs in die Arbeitszeit. Zum Freiwilligen Arbeitsdienst bemerkte Spliedt, es müsse mehr Nachdruck auf das erzieherische Moment für die arbeitslose Jugend gelegt werden als auf den wirtschaftlichen Wert; denn dieser sei nach wie vor recht problematischer Natur.

Ueber "Sozialistische Wirtschaftspolitik in der kapitalistischen Krise" sprach Fritz Naphtali. Seine Leitgedanken wurden nach einer lebhaften, aber sachlich geführten Aussprache einstimmig in einer Entschliessung zusammengefasst. Sie lauten: Erhaltung und Stärkung der Kaufkraft, Wiedereinschaltung von Arbeitskräften in den Arbeitsprozess durch Einführung der 40-Stundenwoche, grosszügige Arbeitsbeschaffung mit Mitteln der öffentlichen Hand, Förderung des internationalen Güteraustausches durch eine vernünftige Zoll- und Handelspolitik. Beginn des Umbaus der Wirtschaft vom Privatkapitalismus zur sozialistischen Planwirtschaft, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, Demokratisierung der Wirtschaft.

SPD. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen haben zur Abwehr einer Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung auf die gesetzliche Arbeitslosenunterstützung folgende Eingabe an den Reichsarbeitsminister gerichtet:

"Bei Erörterungen über den Begriff der Hilfsbedürftigkeit im Vorstand der Reichsanstalt wurde die Frage aufgeworfen, ob in Zukunft die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung so wie bisher ohne Einfluss auf die gesetzliche Leistung ist. Bei der Besprechung der Frage wurde festgestellt, dass die Praxis jetzt bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zwar verschieden sei, überwiegend jedoch (in Preussen z.B. allgemein) jede Einnahme angerechnet wird, also auch die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung zu einer Kürzung der gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung führen würde.

Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, dass die Gewerkschaften nicht gewillt sind, zu den unerträglichen Kürzungen, die den Arbeitslosen bereits durch die letzte Notverordnung zugemutet werden, noch den Verlust der gewerkschaftlichen Unterstützung zu tragen. Die Gewerkschaften sind auch nicht gewillt, die Lasten zugunsten der durch Beiträge erworbenen Ansprüche zu übernehmen, sondern würden gezwungen sein, ihre bisherigen Leistungen einzustellen, wenn die Anrechnung erfolgt.

Es sei auch noch besonders darauf hingewiesen, dass es sich bei den von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen um freiwillige Leistungen handelt, auf die ein eigentlicher Rechtsanspruch der Mitglieder nicht besteht,

Um die weitgehende Beunruhigung, die bereits eingetreten ist, zu beseitigen, bitten wir, uns baldigst davon in Kenntnis setzen zu wollen, ob der Herr Reichsarbeitsminister gewillt ist, die Nichtanrechenbarkeit der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung auszusprechen." -

+ + +

Die Herrschaften, die in Deutschland zur Zeit den neuen politischen Kurs bestimmen, sind auf die Gewerkschaften schlecht zu sprechen. Am liebsten möchte man die Gewerkschaften ausrotten. Solange aber die Gewerkschaften nun einmal noch am Leben sind, möchte man sie wenigstens gehörig schröpfen. Eine Extrabesteuerung der Gewerkschaften - das Reich braucht ja sein Geld für andere Dinge, für Hilfe zugunsten verkrafter Kartoffel- und Schlotbarone - nichts anderes wäre die Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützung auf gesetzliche Unterstützung. Man könnte auf diese Weise auch gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: man hätte es nicht nötig, sich selber zur Linderung der Not anzustrengen und könnte zugleich die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächen.

SPD. Die Preussische Bergwerks- und Hütten A.G. sowie die Braunschweig G.m.b.H. haben, wie wir aus Verwaltungskreisen der Preussag hören, die für den 1. Juli dieses Jahres ausgesprochenen Kündigungen in Ober- und Unterharzer Betrieben zurückgenommen, nachdem der Reichsrat in seiner letzten Sitzung einstimmig beschlossen hat, eine Subvention von 8 Millionen Reichsmark zur Stützung des gesamten deutschen Metallerzbergbaus im Reichsetat einzusetzen. -

Die Harzer Bergleute sind in Preussen nicht vergessen worden. Hier ist der Wohlfahrtsstaat noch nicht abgebaut.

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 29. Juni 1933

Japan - dem Weissen.^x

SPD. Der Weisse - ein amerikanischer Mister Smith oder Righth aus Shanghai - verachtet Japan. Er äussert sich mit grösster Geringschätzung: "Weiss der Teufel, was das ist! Jeder Japaner, einzeln genommen, unbedingt ein Idiot; aber fünf Japaner zusammen sind eine solche Gaunerbande, dass man gegen sie nichts ausrichten kann und sie einen um den Finger wickeln. Das ist ja kein Land, sondern weiss der Teufel was."

Ohne die Meinung von Mister Righth über Japan im geringsten zu teilen, kann ich ihn nichtsdestoweniger sehr gut begreifen. Im Hinblick auf Wohllichkeit ist dieses Land für den Europäer sehr unbequem. Im Winter ist es hier kalt und feucht, im Sommer über alle Massen heiss, gleichzeitig aber auch feucht, so feucht, dass alle Röcke des Mister Smith und seine Schuhe schimmelig werden. In ganz Japan ist keine frische Butter zu haben, da dieses Land keine Milchwirtschaft kennt, und kein richtiges Brot, denn ebenso, wie die Weissen keine Ahnung von den dreissigerlei Kocharten des Reises haben, fehlt den Japanern eine richtige Vorstellung von den Eigenschaften des Brotes. Selchfleisch müssen sich die Weissen in Konserven aus Australien kommen lassen. Eine Wohnung, in der es nicht durch die Fugen des Fussbodens und durch die Fenster zieht, ist in ganz Japan nicht aufzutreiben, denn trotzdem es dort europäische Wohnhäuser gibt, sind sie doch nach leichter japanischer Papiermaché-Art gebaut. Für den Weissen ist in Japan alles teuer. Den japanischen Tabak verträgt er nicht, auf dem englischen aber ruhen phantastische Zölle. Der Europäer hat eine so grosse Zahl von Bedürfnissen wie nicht zehn Japaner zusammen - und sogar in den grössten Kaufhäusern gibt es zweierlei Preise: für den Japaner und für den Europäer.

Doch dies alles sind Lappalien im Vergleich zu dem ausschlaggebenden Umstande, dass der Weisse in Japan keine Achtung geniesst. Man begegnet ihm mit vollendeter Höflichkeit, fragt ihn mit vollendeter Höflichkeit an der Grenze, wer seine Grossmutter sei, und ersucht ihn in einem jeden Widerspruch ausschliessenden Tone, seine Koffer zu öffnen. Nachher im Zuge (er fährt erster Klasse; durch den Waggon geht ein Kellner aus dem Speisewagen und teilt Kärtchen für das Mittagessen aus) gewahrt Mister Righth zu seiner Entrüstung, dass im Speisewagen zuerst alle Japaner, sogar die aus der dritten Klasse, verköstigt werden und er, der Erste Klasse-Passagier, erst hinterher gerufen wird und ein auf englische Manier zusammengepantschtes Zeug vorgesetzt bekommt, - aber selbst dieses Mischmasch in einem so ungenügenden Ausmass, dass Mister Righth hungrig vom Tische wieder aufsteht, hungrig und bitter gekränkt, dass man ihn nicht achtet.

Mister Smith wird in Tokio im "Imperial Hotel" absteigen. Das ist er seinem weissen Prestige schuldig. Er wird fünfzehn Dollar täglich für ein Zimmer zahlen, wo es von allen Seiten zieht, wo er keine Achtung geniesst, aber dafür von einer Mauer vollendet höflicher Gesichter umgeben ist, keiner Gesichter, sondern Masken, durch die hindurch Mister Smith nichts sehen kann.

Mister Smith ist nach Japan gekommen, um Geschäfte zu machen. Er wird sie auch machen, - aber unbedingt dabei übers Ohr gehauen werden.

Mister Righth langweilt sich am Abend, aber er geht nicht ins Theater, denn bei jenen Stellen, wo die Japaner weinen, - muss er gähnen.

Beim Schlafengehen beginnt Mister Smith, über die Erdbeben nachzudenken.

Nachts jedoch, wenn tatsächlich ein kleines Erdbeben kommt, wird er totenbleich in den Gang hinausstürzen, ohne Unterhosen und mit einem Hausschuh in der Hand. -

Kurz: Mister Smith verachtet Japan, seine Steine, sein Volk - von ganzer Herzenstiefe. "Weiss der Teufel, was das ist!" sagt er. "Das sind doch Ameisen, Termiten, die nicht einmal durch ein Erdbeben umzubringen sind!.. Das ist doch, das ist doch..."

...und in ratloser Angst ist Mister Smith geneigt, sich in metaphysische Grübeleien zu verlieren.

(Deutsch von S. Borissoff.)

Sie haben alles vergessen.^x

SPD. Drei kurze Begegnungen haben in mir vor einiger Zeit die Erinnerung an drei kleine Erlebnisse der Kriegsjahre wachgerufen. Ich will sie erzählen, weil sie menschlich und unheroisch sind, trotzdem Offiziere der alten Armee in ihrem Mittelpunkt stehen. Fast tut es mir leid, dass alle drei Geschichten auch eine politische Tendenz haben. Aber ich versichere, dass diese Tendenz nicht mir, sondern der Wirklichkeit aufs Konto zu schreiben ist, und ich glaube, dass man dieses Konto nicht verfälschen darf.

Es kommt vor, dass man einen Menschen, der in unserm Leben nur eine sehr kurze Rolle gespielt hat, ganz unauffindbar aus dem Gedächtnis verliert. Nach langen Jahren sieht man im Menschengewühl mit gleichgültig schweifendem Blick irgendeine menschliche Rückseite. Der Blick bleibt merkwürdig haften an diesem Rücken; Erinnerungen kommen schwankend angestürzt: der Mensch zeigt sein Gesicht, und klar und deutlich wie am ersten Tage steht ein vergessener Mensch und eine vergessene Geschichte vor dir.

So fand ich auf dem Potsdamer Platz in Berlin im lebensgefährlichen Verkehrsgewühl einen längst vergessenen Kriegskameraden wieder. Und mit ihm ein Stück Karpathenwald, durch den Infanteriegeschosse piffen und Granaten heulten und jaulten. Auf dem morgenfeuchten Boden lag damals jener Mann, den ich später auf dem Potsdamer Platz wiedererkannte, mit aschfahlem Gesicht, umwickelt mit blutigen Lumpen und Binden, beschmutzt, durchnässt und leise stöhnend. Ein Querschläger hatte ihm das Ellenbogengelenk zerschmettert. Der Verwundete hatte, junger aktiver Offizier, in der Nacht als Führer einer Offizierspatrouille einen wichtigen, entscheidenden Vorstoss gegen russische Feldwachen zu führen. Er war kein grosser Held, und als ihm, der inmitten seines Trupps durch das nächtliche Gelände schlich, ein Zufallstreffer den Arm zerschlug, da brüllte er wie ein Tier, dass wir, die wir viele hundert Meter davon entfernt in den Gräben sassen, eine Gänsehaut kriegten und die Stimme kaum mehr als die eines Menschen erkannten. Die Folge der hemmungslosen Schmerzensschreie war, dass die alarmierten Russen ein entsetzliches Maschinengewehrfeuer auf die deckungslose Mannschaft der Patrouille eröffneten, die denn auch bis auf zwei Ueberlebende elend zusammengeschossen wurde, ohne dass das Ziel der Unternehmung erreicht worden wäre.

Der "Held" der Geschichte kroch im Morgengrauen zurück und lag nun, notdürftig verbunden, vor dem Unterstande des Bataillonsführers am Waldrande. Grob körperlich gesehen, war er gerettet, wenn auch mit schwerverletztem Arm. Aber seine Karriere war augenscheinlich vernichtet. Der Kommandeur würdigte ihn keines Blickes, und die übrigen Herren vom Stabe eiferten ihrem Chef erfolgreich nach. Es war weniger wegen der zugrunde gegangenen Menschenleben; die galten nicht allzu viel; im Gegenteil! grosse Verluste liessen günstige Schlüsse zu auf die Unternehmungslust und Aktivität eines Kommandeurs und waren insofern nicht immer ungern gesehen. Aber das Misslingen der Aktion und

die Gefährdung des Prestiges der Kaste waren unverzeihlich.

Mir erschien der arme Teufel, das zerschossene, gequälte Stücklein Mensch da am Boden, unter diesen Umständen doppelt erbarmungswürdig, wie zweifach mit Füßen getreten. Er stammte aus einer alten Offiziersfamilie und hatte traditionsgemäss die Offizierslaufbahn einschlagen müssen, obwohl ihn nach seinen natürlichen Anlagen durchaus nicht nach militärischen Heldentaten gelüstete. Nun hatte ihm die Kriegsfurie den Leib zerschlagen; der Mangel genügend robuster Nerven hatte die Schuld am Tode von 12 Menschen auf ihn geladen, und die Standeschlique strafte ihn noch mit hochmütiger Verachtung. Ich kniete mich neben ihm, dem der dreifache Schmerz Tränen erpresste, streichelte dem geschundenen Menschentierlein den gesunden Arm und sprach ein paar gute beruhigende Worte zu ihm. Er öffnete langsam die verquollenen Augen, starrte mich erst ungläubig an, griff schliesslich wie ein Kind angstvoll nach meiner Hand, um dann durch Schmerzen lächelnd wieder die Augen zu schliessen.

Seit jener Zeit hatte ich nichts mehr von ihm gehört. Und jetzt stand er leibhaftig wieder vor mir. Sein Arm war steif geblieben; der übrige Mensch war gesund und munter. Ich fragte ihn, was er denn treibe, und fügte scherzend hinzu, dass ich annähme, er habe wohl von militärischen und kriegerischen Dingen genug. Er errötete ein wenig und meinte dann zögernd, man könne sich heute der Verpflichtung zur Wahrung der nationalen Ehre beizutragen, nicht entziehen. Kurz und gut: das arme Tierlein aus dem Karpathenwalde war Stahlhelmführer geworden und Redakteur an einer nationalistischen Zeitung, also haupt- und neberamtlich eifrig tätig, der neuen Generation frische Waldkulissen für die nächst Karpathentragedie aufzubauen. Und ich schied mit dem schmerzlichen Bewusstsein, dass der Beweis für die Richtigkeit des Sprichwortes "Schaden macht klug" noch nicht erbracht sei, wohl aber dafür, dass Schaden dumm macht. Wenigstens Menschen. Denn Tiere sind gemeinhin klüger; sie gehen nicht ein zweitesmal an die Maschine, die ihnen die Pfoten zerschmettert hat.

+ + +

1917 lagen wir am Chemin des Dames. Tag und Nacht zertrommelten die französischen Granaten das Gelände und die darein verstreuten Menschlein. Wer nicht Bullennerven besass, der war schon seit 24 Stunden halb irrsinnig. Meine Kompanie lag als Reserve des Regiments einige hundert Meter hinter der sogenannten vordersten Linie, in einigen natürlichen Höhlungen am Hange des Chemin des Dames. Ueber uns, hinter uns, um uns tobte die Hölle.

Plötzlich tauchte am Eingang der Höhle, in der wir zusammengepfercht lagen, eine gestikulierende Gestalt auf. Sie kam auf mich zu gestürzt, schreiend und mit hervorquellenden, entsetzten Augen: der Führer der ersten Kompanie meines Regiments, Leutnant W., ein lieber, guter Kerl. Er war einfach davongelaufen, hielt den Wahnsinn, der über uns tobte, nicht mehr aus und klammerte sich nun mit irren Augen, am ganzen Leibe zitternd, an mich. Sein Schreien ging langsam in ein lallendes Klagen über. Schliesslich stammelte der zuckende Mund immer wieder von Weinkrämpfen verzerrt, ein rührendes, erschütterndes Fragment einer Liebeserklärung. Am Abend schafften die Essenträger den Irren zurück.

15 Jahre später habe ich ihn wiedergesehen. Er litt noch schwer unter nervösen Störungen. Aber seinen Beruf als Lehrer konnte er wieder ausüben. In seinen Mussestunden, erzählte er mit dann, widme er sich dem organisatorischen Ausbau seiner Ortsgruppe der SA., auf dass wir wieder "national erstarken".

Und auf dass sein Sohn dereinst, wenn die "nationale Erstarkung" wieder zum Losknallen drängt, irrsinnig werden darf, über neue Greueln einer bestialiserten Menschheit.

+ + +

Die letzte Geschichte spielt fast nicht mehr im Kriege. Wenige Tage vor Ausbruch der Revolution sassen wir im Schleissheimer Kasino beim Mittagessen. Bedrückte, unsichere Gesichter, Tuscheln. In der Mitte der Mittagstafel wogt das Gespräch etwas lebhafter. Plötzlich schmettert laut und hemmungslos eine

sonore, eindringliche Stimme in die schnell einsetzende Stille: "Wenn der hohenzollersche Sch...kerl nicht sofort abdankt, dann müssen wir eben nachhelfen!"

Es war ein grosser, hünenhaft gebauter Oberleutnant, der diese freimütigen Worte ausgesprochen hatte. In einer Runde von königlich bayrischen Offizieren. In einem königlich bayrischen Offizierskasino. Und keiner sprach ein Wort dagegen. Allen schien aus dem Herzen gesprochen zu sein.

In Nürnberg habe ich den kühnen Sprecher wiedergesehen. Er marschierte unter den Fahnen des kaiserlichen Deutschland, in den Reihen derer, die den Kampf gegen die "Novemberverbrecher" auf ihre Fahnen geschrieben haben.

+ + +
Ich glaube, ähnliche Geschichten könnten viele Kriegsteilnehmer erzählen. Sie sind Dokumente dafür, dass Kriege ein Wahnsinn und Menschen vergesslich und inkonsequent sind, dass "Novemberverbrechen" ihre Geschichte haben, und dass, wer auf Menschen allein baut, auf Sand baut.

Heinz Anders.

Der Mord geht weiter....

SPD. Vierzehn Jahre sind verflossen, seitdem der bestialische Bluttausch sich ausgetobt hat, der "Grosse Krieg" zu Ende gegangen ist, in den eine weltkapitalistische Machtgruppe unter Vorspiegelung "nationaler" Gründe die nur allzu leicht reagierende Psyche der Völker hineingepeitscht hatte. Vier Jahre währte dieses internationale Verbrechen im Namen der aufgeputzten Vaterländer und ihrer jeweils heldentümlichen Opferung - für das Kapital und was in seinem Solde steht: die Kaste der ehrgeizigen Militaristen, der ländergierigen Spekulanten, der staatlichen Machthaber! Und heute, nach achtzehn Jahren, will man noch immer nicht erkannt haben, wo die - Kriegsschuld zu suchen sei? Genug, wir Anderswissenden sollten uns nicht länger durch diese Fragestellung entwürdigen: Verstockten und Unbelehrbaren ist nicht zu antworten. -

Die Millionen und aber Millionen Kreuze auf den Gräbern der Gefallenen, die Millionen und aber Millionen der Verstümmelten, Zerbrochenen und Kranken - könnten sie alle in Reih und Glied aufmarschieren - welch eine grauenvolle Heerschau der Toten und der Lebendigvernichteten! Welch ein "feiernde Apotheose" an das Verbrechen Krieg wäre das statt der spekulativen Heldenglorie, der Ehrenmäler, statt Fahnenprunk, Paraden und heldisch aufgedonnerten Reden! Ein einziger Aufschrei müsste losbrechen gegen diese Schuld Aller. Ein offenes Bekennen. Und ein einmütiger Tatwille zu neuer Menschlichkeit über dem Chaos unmenschlichen Irrsinn und Hassens.

Noch immer greift die Mordhand herüber in unsre Zeit, packt zu, tötet - Wehrlose, Unschuldige....

Wir kennen die Mordliste, die bei Jaurès begonnen hat. Wir kennen die Mordliste der Millionen Gefallenen in jener Welt-Menschenschlächtereier. Wir kennen auch die Mordliste der nachmaligen Opfer einer Bürgerkriegshetze durch politische Vabanquespieler und Staatsverräter, die sich "nationale Opposition" nennen. Wir kennen die schwarze Liste der Fememörder. Wir kennen die Liste der ermordeten Staatsmänner, die mit Erzberger und Rathenau begonnen hat und - wann, wo, bei wem enden wird? Vielleicht bei der angekündigten Massenerschliessung all derer, die dann noch auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehen werden!

Grause Symbolik: Fallen im "Frieden" und in der Republik nicht immer, nicht täglich neue, verspätete Opfer jenes Krieges und also - des Kapitalismus einer vormalig kaiserlichen Zeit?! Oder wäre es um das Sterben dieser

etwa anders als um das derer, von denen man sagt, sie seien den "Heldentot" gestorben?

Lest die Mordlisten!

Noch immer greift eine Mordhand herüber in unsre Zeit und weit in die Zukunft, packt zu, tötet Wehrlose, Unschuldige.... Inzwischen beten die Verstockten und Unbelehrbaren die Formel nach: "Heilig ist der Krieg! Und süß und ehrenvoll ist der Heldentot! Er lebe!"

Armes Deutschland - und armes Europa!!!

Karl Schneider-de Witt.

Juli-Vorschau.^x

Jetzt tritt der Juli auf die Jahresbühne.
Es tut sich endlich sommerlich auf Erden.
Wir aber stehn und sehn mit düst'rer Miene
die Tage langsam wieder kürzer werden.

Wir wandeln Sonntags an des Sees Gestaden
und lassen uns im Wald zum "Picknick" nieder.
Je nach Geschmack: Wir rudern, wandern, baden - -
kurz: was wir immer taten, tun wir wieder.

Man hält auf Konferenzen schöne Reden,
wo alle sich mit gutem Willen brüsten.
Jetzt - leider - geht's noch nicht. Doch wird auf jeden
Fall später man beginnen abzurüsten.

Inzwischen stehn wir unter nationaler Führung;
Programm: "Tat, Wille, Aufstieg, Aller Nutz und Frommen!"
Uns fehlte wirklich nur noch eine Art Regierung,
jetzt sind wir, hast du nicht gesehn, dazu gekommen.

Die Lasten werden endlich rechtlich ausgeglichen -,
wer sich verdient gemacht hat, den soll man belohnen...
Wer faulenz - - na, dem wird halt was gestrichen;
die braven Wirtschaftsführer kriegen Subventionen.

Das braune Heer marschiert in neuen Jacken
und darf sich, streng legal, des Daseins freuen.
Wo Schüsse knallen, Gegnerschädel knacken,
muss sich doch wirklich - Heil! - das Reich erneuen!

Terror und Mord..... Nun Schluss, macht bald ein Ende;
es ist ein altes Sprichwort: das vom Krug,
der endlich doch zerbricht. - Ballt einmal nur die Hände!
Zeigt eure Macht! Schlagt zu! Verschwunden ist der Spuk! -

Prolet! Proletin! Achtet auf die Wahlen!
Des Bürgerkrieges Fratze lugt hervor.
Doch werden wir mit gleicher Münze zahlen,
wenn's sein muss. Freiheit! Reckt die Faust empor!

Walter Schirmeier.

Der unromantische Winzer.^x

SPD. Dichter haben ihm Weinlaub ins Haar geflochten, haben einen dionysischen Silen aus ihm gemacht, als ob sein Leben ein immerwährendes Winzerfest sei. Aber wenn auch der zwischen Keller und Stube, zwischen Haus und Weinberg wandernde Zauberkrug in seinem Festtag und Alltag eine nicht unbedeutende Rolle spielt, so wird sein Dasein und Ton doch vollständig beherrscht von ewigen Mühsal, die oft nicht mehr Arbeit, sondern Fron und Sorge ist. Das Märchen vom Winzer, der um die trüchtige Rebe, die mosttriefende Kelter seine Lust in Ringeltanz und Evree austobt, kann nur bei perlendem Glase erfunden worden sein; die Wahrheit sieht ganz anders aus.

Während der Feldbauer sich noch winterlicher Ruhe hingibt, muss im Weinberge schon emsig gewerkelt werden. Aus den bei der Lese gezeichneten Stöcken werden Setzreben ausgeschnitten, die im Wasser grün gehalten, um Advent im neuen Jungwingert, dem "Gesetz", Verwendung finden sollen. Ein Meter tief und ebenso breit müssen Gruben, Bänke genannt, ausgeschachtet werden, die mit einer Packung von Rasen Wurzelboden für die Setzreben bilden. Sorgsam gepfählt und gegürtet, oft auch noch geschützt gegen Frost und Hasenfrass, warten nun die handhoch zum Lichte gereckten Reben des Frühlings. Unterdessen werden daheim an langen Winterabenden Weidenruten gesplissen, die neben Bast und Stroh dem Winzer das Bindezeug für die Weinstöcke liefern, und schon im Januar oder Februar geht's dann in die älteren Wingerte, wo mit Karst, Baumschere und einem vorn abwärts gebogenen Beilmesser Arbeit in Masse zu tun ist. Man beschneidet die Reben, steckt die gelockerten Pfähle wieder fest oder ersetzt zerbrochene und verfaulte durch neue, bindet die "Bagen", die gebogenen Rebenruten, gräbt und düngt den Boden, erneuert fortgeschwemmten an jähen Abstürzen oder flickt "Chormauern" und Treppchen. Dann wippt Tag um Tag die Weidenbotte auf dem Rücken der stummen Schaffer die steilen Bergpfade hinauf, hochbeladen mit Erde, Dünger, Rasen, Mauersteinen oder mit handgrossen Schieferplatten, die sowohl dem Weinberg Sonnenwärme aufspeichern müssen als auch "Edelwürze" für die Trauben abgeben.

Um Ostern ist kurze Atempause. Die Reben im vielstöckigen Gezeile des Weinberges fangen an zu tränen. Die Augen (Knospen) schwellen an, entfalten zarthaarige Blättchen und gegabelte Ranken. Die jungen Loden treiben üppig empor. Und wieder ruft es nach den nie müden Winzerhänden. Die im Aprilwetter wehenden Loden müssen an die Pfähle gebunden, allzu geile oder beschädigte geschnitten werden. Kaum aber hat der Weinstock geblüht, haben die grünen "Gescheine" (Blütenrispen) ihren feinen, süssen Duft verströmt, da beginnt ein verzweifelter Schädlingskampf. Gegen verheerende Pilzkrankheiten wird der Weinstock mit Schwefelstaub und Kupfervitriol behandelt. Wochenlang trägt jetzt der lastgewohnte Rücken des Winzers den Schweifler mit Blasebalg oder die Vitriolspritze durch die Laubzeilen. Aber schon erhebt sich ein neuer Feind gegen ihn; ein Schmetterling, eine Motte flattert um die kleinen Beeren und legt Eier darauf, denen der sogenannte Heuwurm entschlüpft, ein Räupchen, das sich bald verpuppt, um in der Verwandlung einer neuen Motte die Beeren abermals zu befallen, jetzt aber viel bedenklicher; denn aus ihren Eiern entsteht der gefürchtete Sauerwurm, der, wie sein Name andeutet, das Reifen und Süsswerden der Trauben verhindert. Auch diesem Insekt muss unermüdlich zu Leibe gegangen werden, wenn es auch nie ganz auszurotten ist, trotz aller Anwendung von Aetz- und Giftstoffen, Nikotin und Arsen, die immerhin mit Vorsicht gebraucht werden müssen.

Während des Sommers wird im Weinberge noch unausgesetzt gejätet und (mit einem flachen Karst) geschiffelt; zuletzt aber dämmt man das Wachstum des Stöckes ein, indem man die Schösslinge in Pfahlhöhe abschneidet, damit das Holz zur Ruhe kommt. Bald danach, wenn die Trauben im Weine stehen, werden

die Wingerte amtlich geschlossen, und nun haben nur noch die Eigentümer das Recht, die tausend Pfade und Pfädchen zwischen ihnen zu begehen, um weiter dem Wuchern des Unkrauts zu steuern oder umgefallene Stöcke (den Windfall) wieder aufzurichten.

Dann läutet eines Morgens die Leseglocke, oder der Wingertschütze schies mit seiner Pistole, und allerwärts poltern die Fuhren mit der grossen Traubenbütte und der Mühle darauf zum Dorfe hinaus. Leser und Leserinnen, viele von auswärts gedungen, folgen dem Wagen, unterm Arm das kleine Lesebüttchen und die Traubenschere in der verklammten Hand. Jeder sucht die Stöcke der ihm zugewiesenen Zeile sorgfältig ab, fröstelnd, stumm und unfreudig, wenn nicht gerade ein Witzbold dabei ist. Abends knarren die Kelterbäume in den Tennen und rinnen Bäche gelbbraunen Mostes in die Bütten. Die Kommissionäre und Weinhändler gehen umher, proben, wägen und kaufen, und dann tubbelt tagelang aus den Fässern der geheizten Gärhäuser und Keller der rumorende Most, bis er sich in herbduftigen Federweissen verwandelt hat. Die weitere Behandlung des noch immer nachgärenden "Neuen", das mehrmalige Abstechen von der Hefe, das Klären, Schönen, das Lagern und Abfüllen, ist in der Regel Sache der Weinhändler und ihrer Kommissionäre. Aber auch der Winzer muss sich darauf verstehen; denn oft genug bleiben ihm die Fuder bis ins andere Jahr liegen, doppelt bitter, da er sich trotzdem nicht Zunge und Gaumen an ihnen laben darf; zum Haustrunk muss ihm schon ein minderer Tropfen oder gar ein Treberaufguss genügen, in den sauren Wochen wie auch beim frohen Feste, bei Kindermessen und Jahrmärkten, die mancherorts Kameradschaften um den häuslichen Weinkrug scharren. Winzerfeste dagegen sind durchaus nichts allgemein Uebliches. Nur in wenigen Winzerorten kennt man sie; wo sie aber gefeiert werden, da blühen sie auf uraltem Boden der Ueberlieferung, und da bekommt denn auch das rheinische Weinbauerntum einen leisen Glanz von Romantik.

Richard Wenz.

SPD. Woher stammen die Zigeuner?^x Das romantische Wandervolk der Zigeuner tauchte, so kann man es immer wieder lesen, schon im 9. Jahrhundert in Byzanz auf, im 14. Jahrhundert etwa in Deutschland und bald darauf in ganz Europa. Heute ist es sogar in Nordamerika verbreitet. Die Heimat der Zigeuner soll Indien sein, und auf ihrem Wege sollen sie über Persien gelangt sein. In der Tat ist ihre Sprache mit der indischen verwandt und enthält auch persische Brocken. Merkwürdigerweise aber scheint bei dieser Annahme eine alte Literaturstelle übersehen worden zu sein, wonach die Zigeuner schon vor weit längerer Zeit in Europa heimisch waren, - eine Stelle in dem Geschichtswerk des griechischen Schriftstellers Herodot nämlich, aus dem 5. vorchristlichen Jahrhundert. In seinem grossen weltgeschichtlichen Werke erzählt Herodot vom Volke der Sigyner, das medische Tracht trage und kleine schwächliche Pferde besitze, die aber, vor Wagen gespannt, sehr schnell liefen; die Einwohner führen deshalb auf Wagen. Name und Herkunft wie auch die Angabe, dass die Sigyner auf Wohnwagen lebten - genau wie ihre Nachkommen -, machen es mehr als wahrscheinlich, dass dieses Volk kein anderes als die Zigeuner gewesen ist. Für diese Annahme spricht auch noch mehr als alles andere der Umstand, dass der griechische Geschichtsschreiber die Länder nördlich des Intros, d.h. der Donau, als den hauptsächlichen Wohnsitz des fahrenden Volkes angibt; das ist das heutige Rumänien und Ungarn. Diese Länder aber sind auch heute noch die wahre Heimat der Zigeuner.
